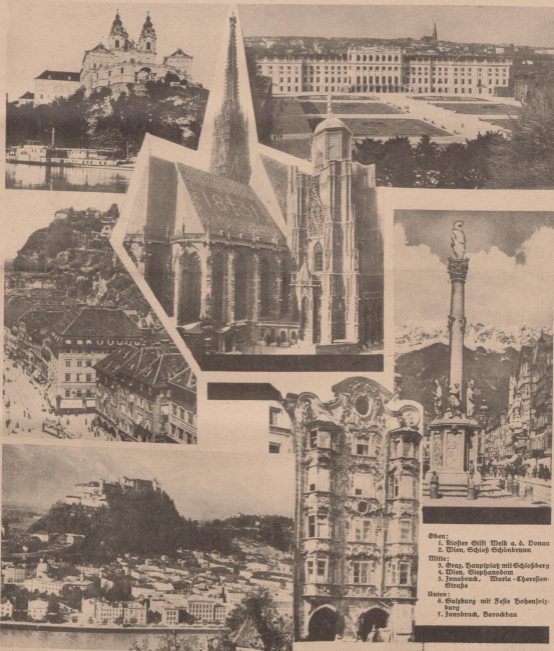


# Der Heimatsdienst



**Oben:**  
1. Kloster Stift Melk a. d. Donau  
2. Wien, Schloss Schönbrunn  
**Mitte:**  
3. Graz, Hauptplatz mit Schloßberg  
4. Wien, Stephansdom  
5. Innsbruck, Maria-Theresien-Straße  
**Unten:**  
6. Salzburg mit Feste Hohenstauburg  
7. Innsbruck, Barockbau

# Österreich vor der Entscheidung

Von Dr. Heinz von Poller, Klagenfurt

Wenn der amerikanische Schatzamtssekretär Andrew Mellon vor einiger Zeit in einer Rede feststellte, daß der Zusammenbruch der österreichischen Kreditpolitik der Ausfall zur Katastrophe der Entscheidung der Weltwirtschaft war, so war der Zusammenbruch dieses großen, in seinen finanziellen Auswirkungen weit über den gegenwärtigen deutschösterreichischen Staat hinausreichenden Bankrefinanzierungs für Österreich von noch weit größerer, wesentlich weitreichenderen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen. Der rasche Entschluß der damaligen Regierung, dem notleidenden Bankrefinanzierung zu Hilfe zu eilen und damit den plötzlichen Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige, der eine ungeheure Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt hätte, zu verhindern, hat sich freilich nun, nachdem wir die Entwicklung klarer übersehen, als ein Irrtum erwiesen. Der österreichische Staat verlor nicht mehr über die wirtschaftliche Kraft, auf die Dauer dieses großen Bankrefinanzierungs zu halten, ohne in seinen finanziellen Grundfesten erschüttert zu werden. Es hat sich schließlich herausgestellt, daß ein großer Teil der dem Konzern der Creditanstalt angehörenden Unternehmungen nicht mehr zu halten ist und daß der Versuch, mit den Auslandsgläubigern der Creditanstalt zu einem für den Staat günstigen Ergebnis zu kommen, schwere außenpolitische und wirtschaftliche Folgen mit sich bringt. Dazu kommt noch, daß die allgemeine weltwirtschaftliche Krise und im besonderen die durch den Diktatvertrag von St. Germain verhängte Lage Österreichs, das außerordentliche Anwachsen der Arbeitslosigkeit, der rapide Rückgang der Staatseinnahmen und die durch die autarkischen Bestrebungen der mittel- und kleineren Staaten sich immer mehr verschärfende Handelsblockade die verantwortlichen Stellen der Regierung zur Lösung von Fragen stellte, die noch dazu durch scharfe innenpolitische Spannungen vermehrt wurden.

Bereits vor Monaten hat sich die österreichische Bundesregierung veranlaßt, an den Völkerverbund das Ersuchen zu stellen, die Lage Österreichs zwecks Aufnahme einer internationalen Anleihe zu prüfen und die Mittel und Methoden für eine Änderung des mitteleuropäischen Wirtschafts- und Zollsystems zu untersuchen. Das Wirtschaftsausschüsse des Völkerverbundes, das sich darauf mit der gesamten mittel- und südeuropäischen Lage befaßte, nahm damals beifällig eine vielbeachtete Resolution an, in der dem Völkerverbund sofortige Hilfe für einige Staaten, darunter auch Österreich, empfohlen wurde. Dennoch verzögerten sich die darauf von der österreichischen Bundesregierung sofort unternommenen Unterhandlungen mit den einzelnen Gläubigern, so daß sie sich am 25. Mai bereits genötigt sah, ein Transformatorium in Ermüdung zu leben. Verhängt wurde die Lage auch dadurch, daß die mit den Auslandsgläubigern der Creditanstalt in Wien geführten Verhandlungen wegen ihrer außerordentlichen Forderungen scheiterten.

Die Verhandlungen kamen erst im Zusammenhang mit den Reparationsabreden in Kaufman wieder in Fluß. Die dort von dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß geführten Verhandlungen, vor allem mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot, führten schließlich zu dem sogenannten Kaufman Anleiheprotokoll, über dessen Annahme oder Ablehnung in der politischen Öffentlichkeit Österreichs ein außerordentlich leidenschaftlicher Kampf entbrannte.

Die politischen Bedingungen, die in der Prämisse des Anleiheprotokoll festgelegt sind, belegen, daß die beteiligten Regierungen, die österreichische mitinbegriffen, erklären, daß die gegenwärtige Anleihe als ein vorläufiges Mittel zur Überbrückung von 4. Oktober 1922 mit allen daraus folgenden Verbindlichkeiten begründet ist. Es handelt sich dabei bekanntlich um das Genfer Protokoll, das nach dem Haager Urteil vom September 1921 neben dem Anschlussverbot das Verbot einer Zollunion mit Deutschland auspricht. Die Anleihe selbst beträgt 300 Millionen Schilling, sie kann auf den Markt gegeben oder von den garantierenden Staaten anderweitig aufgebracht werden, die die Verpflichtung übernehmen, sofort die Ermächtigung von ihren Parlamenten einzuholen. Die Garantie wird nicht solidarisch wirksam sein, sondern jeder Staat wird für den auf ihn entfallenden Teil garantieren. Die Anleihe ist zu einem Abschluß ab 20. Oktober 1922 mit den gleichen Pfändern ausgestattet, die der Völkerverbund im Jahr 1923 zweigeteilt wurden: es sind das die Zölle und Monopole. Vor ihr genießt die Anleihe von 1922 und eine von 1920 Prioritätsrecht. Billage 2 des Anleiheprotokoll enthält das budgetäre und finanzielle Reformprogramm und ordnet folgende für die Souveränität eines Staates geradezu vernichtende Maßnahmen an: Die österreichische Bundesregierung hat unverzüglich das Gleichgewicht

im Staatshaushalte wieder herzustellen. Unabhängig von den Ersparnissen, die im Haushaltsbudget vorgesehen sind, sollen im zweiten Halbjahr neue dauernde Ersparnisse gemacht werden, die zweigeteilt, um das Gleichgewicht des Budgets zu erreichen. Der Ertrag dieser neuen Ersparnisse wird auf 45 Millionen geschätzt, während das eben im Nationalrat behandelte Haushaltsbudget die Deduktion von 262 Millionen erfordert. Die Regierung verpflichtet sich des weiteren, das Ersparnis- und Reorganisationsprogramm des Schweizer Eisenbahndirektors Dr. Herold zur Durchführung zu bringen. Dadurch werden die österreichischen Bundesbahnen, die bisher als selbständiger Betrieb geführt wurden, unter eine internationale Kontrolle gestellt. Ferner sind alle Anleiheoperationen des österreichischen Staates, sowohl die auswärtigen als auch die inneren, der Genehmigung des Komitees der garantierenden Mächte unterworfen. Die österreichische Regierung verpflichtet sich endlich, den Völkerverbund zu ersuchen, einen Vertreter des Völkerverbundes zu ernennen und einen Berater bei der Nationalbank zu bestimmen. Als solche sind bereits der Holländer Hoff van Conninghen und der Belgier Fréze ernannt worden. Die Kontrolle des Völkerverbundes erstreckt sich also über das Budgetrecht, die Notenbankpolitik und die Bundesbahnen. Nach Artikel 5 hat die österreichische Währungs- und Finanzpolitik sich vorzunehmen, in möglichst kurzer Frist und unter der notwendigen Aufsicht den bestehenden Unterschied im Wert des Schilling im In- und Ausland abzuheben und sich dahin zu orientieren, daß die gegenwärtigen Beschränkungen des Devisenverkehrs allmählich aufgehoben werden. Sie wird unverzüglich alles aufheben, um mit den ausländischen Gläubigern der Creditanstalt ein Abkommen zu treffen, das einen übermäßigen Druck auf den Schilling vermeiden soll. Sie wird schließlich eine oder mehrere innere Anleihen im Gesamtbetrag von nicht unter 200 Millionen Schilling begeben, die zur teilweisen Rückzahlung der Staatsschulden an die Nationalbank einhalten werden sollen.

Wie schon eingangs erwähnt wurde, ist über diese Anleihebedingungen in der politischen Öffentlichkeit ein außerordentlich heftiger Meinungsstreit entbrannt, der schließlich auch dazu führte, daß die von der Regierung in der Nationalratsitzung vom 20. Juli geforderte Entscheidung für die Annahme verfallen werden mußte. Die Sozialdemokraten und die Großdeutsche Volkspartei lehnen die Bedingungen sowohl von wirtschaftlich als auch nationalen Standpunkt mit aller Schärfe ab. Die Christlichsozialen und die Mehrheit des Landtages sind für die Annahme, der Heimatklub nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Da das gegenwärtige Kabinett Dr. Dollfuß im Nationalrat jedoch nur über eine Mehrheit von einer Stimme verfügt, erscheint es zweifelhaft, ob es ihr gelingt, überhaupt eine Mehrheit für das Kaufman Abkommen zu erhalten. Von Seiten der Regierung wird erklärt, daß die politischen Bedingungen des Kaufman Abkommens in keiner Weise über die Genfer Protokolle von 1922 hinausgehen und daß vor allem eine Nichtannahme der Bedingungen eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe für den Staat herbeiführen würde, obwohl die Regierung bereits am 16. Juli ein allgemeines Transformatorium als „Übergangsbefugnisse für die Zeit der Devisenperre für Auslandschulden“, wie es in der amtlichen Verlautbarung heißt, erlassen mußte. Es wird vor allem von dieser Seite darauf hingewiesen, daß im Falle der Nichtannahme der Anleihe Österreichs Schuld bis zum Jahre 1942 auf 1500 Millionen Schilling anwächst, die dann nicht zurückgezahlt werden kann und daß für das gegenwärtig behandelte Nachtragabkommen ein Einnehmen um 150 Millionen Schilling mehr angesetzt werden müßten.

Von oppositioneller Seite, deren Kreise bis weit in die Regierungsparteien reichen, wird dagegen angeführt, daß eine Annahme der im Kaufman Abkommen vorgesehenen politischen Bedingungen deshalb nicht möglich sei, weil das Haager Urteil vom September 1921 klar erwiesen habe, daß diese Bestimmungen über die Verpflichtungen aus dem Diktatvertrag von St. Germain hinausgehen, während der Bundeskanzler Dr. Seipel in seiner Rede vom 11. Oktober 1922 anlässlich der Frage der Annahme der feinerzeitigen Genfer Protokolle ausdrücklich erklärt hatte: „Wir haben für den Fall keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir nicht in der Lage sind, Verpflichtungen zu übernehmen, die über den Wortlaut des Vertrages von St. Germain gehen.“ Ferner wird unterstrichen, daß die einzelnen Kontrollbedingungen viel härter sind als jene des Jahres 1922 und daß eine neuerliche Festlegung und Bindung Österreichs gegenüber dem internationalen Finanzkapital bis zum Jahre 1925 in einem Augenblick, in dem sich die durch die Pariser Vorortverträge geschaffene Lage Europas wesentlich zu ändern beginnt, einen schweren außenpolitischen Fehler be-

deuten würde. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß Österreich hoch schließlich keine 10 Millionen Schilling erhalte, sondern befallens nur eine Summe von 11,25 Millionen Schilling, da 100 Millionen sofort an England zurückgezahlt werden müssen und der Auszahlungszins etwa 5% betragen dürfte. Diese Summe bedeute für die finanziellen Schwierigkeiten in Anbetracht der sehr harten Bedingungen keine Lösung, weshalb Österreich auch schon mit Rücksicht darauf, daß es die Anleihe frühestens im Spätherbst,

wahrscheinlich aber erst zu Beginn des nächsten Jahres erhalten könnte, vorläufig mit einer Entschädigung ruhig zuwarten könne.

Mit außerordentlicher Befriedigung hat Österreich das Verhalten des deutschen Delegierten im Völkerrundrat aufgenommen, vor allem aber auch die Bereitwilligkeit des Reiches, Österreich finanziell nach seinen Kräften helfen zu wollen. Österreich ist dankbar für jede Hilfe in seinem schweren Kampf um Selbsterhaltung und Dasein.

## Krisis des Siedlungsgedankens?

Von Regierungsrat a. D. Karl Waffmann, Berlin

Das Urteil der öffentlichen Meinung über alle Fragen der landwirtschaftlichen Siedlung schwankt heute unsicher hin und her. Auf der einen Seite harrmt sich bei den Plänen zur Befriedigung der Arbeitslosigkeit unbegrenzte Hoffnungen an den Gedanken der Siedlung. Man träumt davon, daß es möglich wäre, in kurzer Frist Hunderttausende oder Millionen deutscher Menschen aus den Städten auf das Land zu bringen und ihnen in der Landwirtschaft eine neue Lebensgrundlage zu schaffen. Auf der anderen Seite aber mehren sich gerade heute die skeptischen Stimmen, die an Hand umfangreicher statistischen Materials nachweisen wollen, daß auch der deutsche Osten nur noch in ganz beschränktem Umfange zur Aufnahme neuer Menschen in der Lage wäre. Man schätzt von dieser Seite beispielsweise die Zahl der landwirtschaftlichen Siedlerstellen, die noch in der Provinz Ostpreußen geschaffen werden könnten, auf höchstens 40 000 bis 50 000 und heilt dann fest, daß von diesen Stellen mindestens drei Viertel für die Ansiedlung der bisher auf dem gleichen Lande beschäftigten Gutsarbeiter verwandt werden müßten, so daß vielleicht noch 10 000 neue Stellen für nachgeborene Bauernsöhne und ähnliche Siedlungsbewerber, die ohne weiteres aus Ostpreußen selbst kommen würden, verfügbar bleiben. Danach müßte das ostpreussische Land überhaupt keine Aufnahmefähigkeit für Menschen aus den Städten oder gar für Menschen aus West-, Mittel- und Süddeutschland mehr bieten. Und für die übrigen östlichen Gebiete, einschließlich der beiden Mecklenburg und der Provinz Pommern, trifft man ähnliche Feststellungen mit der gleichen pessimistischen Schlussfolgerung in der Frage der Zugangsmöglichkeiten auswärtsiger Siedlungsbewerber. Wenn diese statistischen Berechnungen zuträfen, wäre die landwirtschaftliche Siedlung nur noch eine in bedeutsamem Umfange durchgeführte Maßnahme zur Änderung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse im Sinne einer gemäßigten Agrarreform. Damit würde sie allerdings für weite Kreise der Bevölkerung an Interesse völlig verlieren. Es zeigt sich auch ganz deutlich im Urteil der öffentlichen Meinung eine gewisse Krisis des Siedlungsgedankens, so daß die eben erwähnten statistischen Berechnungen über die geringe Aufnahmefähigkeit des deutschen Ostens in erheblichem Umfange mit Anlaß geben.

Es ist deshalb eine ganz besonders dringende Aufgabe, in der Frage der Ausweitungsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Siedlung eine klare Antwort zu finden, die der Wirklichkeit gerecht wird — eine Antwort, die keine Illusionen vorkurbert, die aber andererseits auch nicht auf Möglichkeiten, die sich doch noch durch die Siedlung für unser Volk ergeben können, vorsichtig verzichtet.

Wer in der praktischen Siedlungsarbeit fest, weiß, daß es unmöglich ist, mit einem Schlag 500 000 oder Millionen von Menschen als Landwirte auf eigenem Grund und Boden neu anzusetzen. Er weiß, daß es ein vergeblicher Versuch, ja, daß es eine Katastrophe wäre, wenn man den Plan durchführte, Städte röhne Umhüllung und Vorbereitung in die Landwirtschaft überzuführen. Der Beruf des Landwirts erfordert so viel Vorbildung und so viel innere Verwurdenheit des einzelnen mit seiner Arbeit, wie wohl eine anderer Beruf. Der Erwerb einer Siedlerstelle ist kein Wechsel des Arbeitsplatzes im gewöhnlichen Sinne, sondern die endgültige Festlegung eines Lebensnennens. Der Beruf des Siedlers, was überhaupt des Bauern, bedeutet einen vollen Lebensinhalt. Der auf sich allein gestellte Bauer muß nicht nur eine fülle technischer Einzelheiten beherrschen, er muß auch mit tiefem Instinkt Entscheidungen, die aus Dittungsvoorstellungen, aus der allgemeinen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich aus Abfragen notwendig werden, treffen, und von jeder dieser Entscheidungen hängt für ihn wirtschaftlich viel ab.

Deshalb dürfen gerade in der heutigen Zeit der Landwirtschaftskrisis nur Menschen siedeln, die wirklich Landwirte sind und Landwirte ihr Leben hindurch bleiben wollen, also in erster Linie die nachgeborenen Bauernsöhne in Ost-, wie in West- und Süddeutschland und die Landarbeiter.

Deutschland verfügt in diesen Bevölkerungsschichten über ein vorzügliches und zahlenmäßig auf lange Zeit hinaus ausreichendes Siedlermaterial. In den letzten Jahren hat es bei keinem auf durchgeführte Siedlungsoberhaben an geeigneten Bewerbern gefehlt, vielfach waren für jede einzelne Siedlerstelle zwei, drei und mehr ernsthaft Bewerber vorhanden. Und gerade aus diesen Kreisen wird förmlich eine Verdrängung der Siedlungsarbeit verlangt, weil es einfach unerträglich ist, daß überall im Lande die zweiten und dritten Bauernsöhne und abjecte Landarbeiter arbeitslos und ohne Hoffnung für die Zukunft herumliegen und die väterlichen Stellen oder die öffentliche Wohlfahrtspflege belassen.

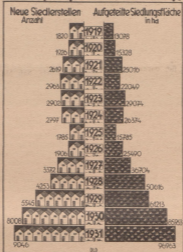
Die Frage, ob es möglich ist, wenigstens für die jungbäuerliche Bevölkerung und die arbeitslos werdenden Landarbeiter die notwendigen Siedlungsmöglichkeiten zu schaffen, läßt sich nicht nur nach statistischen Zahlen beurteilen. Alle Statistiken über die Aufnahmefähigkeit des Ostens für die Aufnahmefähigkeit des Ostens für neue bäuerliche Betriebe leiden daran, daß man zu sehr von einer barren Größe der bauerlichen Stellen ausgeht und nur nach einem Maßstabe von 50 oder 60 Morgenflächen die Aufnahmefähigkeit des ostdeutschen Landes beurteilen will. In Wirklichkeit wollen wir die landwirtschaftliche Siedlung einhalten in einen organischen Wachstumsprozeß unseres Volkes, in eine organische Strukturumbildung des deutschen Ostens.

Die landwirtschaftliche Siedlung ist kein in sich abgeschlossener, isolierter Vorgang, sie bedeutet nicht nur die Schaffung bestimmter neuer bäuerlicher Stellen; sie wirkt weit darüber hinaus. Die Dörfer, die durch die Siedlung neu entstehen, sind nicht nur eine Ansammlung von je 20 oder 30 neuen bäuerlichen Betrieben, sondern lebendige Volkstum- und Wirtschaftszentren, die in erheblichem Umfange auch zufällige Arbeits- und Lebensmöglichkeiten schaffen.

Die Erklärung der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Osten bedeutet neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Handwerk, Handel und alle sonstigen Gewerbe, auch für die Industrie. Gerade die vereinfachte Form, in der heute die landwirtschaftliche Siedlung unter weitgehender Einschränkung der Anwendungen auf Gebäude (Wohn- und Wirtschaftsgebäude) durchgeführt wird, hat mit Notwendigkeit zur Folge, daß im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte ein erheblicher Baubedarf auf dem Lande entsteht. Jeder Siedler, der einigemmaßen vorwärts kommt, wird zunächst seine Wirtschaftsgebäude, dann auch sein Wohnhaus als zu eng empfinden; er wird zunächst den Scheinraum und den Stallraum für sein Vieh erweitern und manchmal anderen zufälligen Bau durchführen. Solche Erweiterungsbauten, die aus eigener Kraft und billiger beziffert, als es der amtlich geförderte Siedlungsbau bedeutet, eine neue umfangreiche Beschäftigungsmöglichkeit für die Handwerker auf dem Lande. Das sind gesunde Entwicklungsmöglichkeiten für das Bauhandwerk, Arbeitsmöglichkeiten auf weite Sicht, nicht umsonst überfertigte und dann wieder jäh abfallende Konjunkturerwartungen, wie wir sie im südlichen Wohnungsbau des letzten Jahrzehnts unter dem Einfluß der Bereitstellung der Hauszinsenergiehypotheken durch die öffentliche Hand erlebt haben.

Was die Kaufkraft der bäuerlichen Bevölkerung selbst bei erst neu entstandenen Siedlungen bedeutet, zeigt die wirtschaftliche Entwicklung kleiner Kaufstädte, in deren Umkreis in den letzten Jahren

### Siedlungstätigkeit nach dem Kriege



besonders viel gefördert worden ist, wie Koftj in Pommern, Tessin und Telexon in Mecklenburg-Schwerin. Man hat sich bisher viel weniger klar gemacht, wieviel zulässige Siedlerhöfe und damit zulässige Arbeitsmöglichkeiten in den neuen Siedlerdörfern entstehen.

Wenn mit der zunehmenden Verdichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Ostens auch die Kaufkraft dieser Bevölkerung steigt, werden im Osten wieder Käufer für industrielle und handwerkliche Produkte und Auftraggeber für Handwerk und Industrie vorhanden sein; Handwerk, Handel und Industrie im Osten werden dann dort ganz neuen Entwicklungsmöglichkeiten sehen. Und nachdem bisher gerade auch in der Nachkriegszeit ein starker Abbau der Industrie des Ostens festgefunden hat, wird vielleicht aus dem Handwerk und dem kleinen aufstrebenden Unternehmertum heraus ein neuer Aufbruch der ostdeutschen Industrie möglich werden. Damit wird auch die Zeit gekommen sein, um die landwirtschaftliche Bevölkerung, die dann im Osten sehr besseren Absatz für ihre Produkte finden wird, weiter zu verklären; denn mit steigender Dichte der Bevölkerung sinkt erfahrungsgemäß die Stellengröße bei intensiver Ausnutzung des Grund und Bodens durch die landwirtschaftlichen Betriebe. Eine solche organisch wachsende Strukturwandlung des deutschen Ostens muß als großes Ziel vor uns stehen, nachdem durch Jahrzehnte hindurch unter dem Einfluß einer weit übertriebenen westdeutschen Industriekonjunktur unser Osten in seine wirtschaftlichen Möglichkeiten und der Zahl seiner Bevölkerung hinter der allgemeinen deutschen Entwicklung weit zurückgeblieben ist.

Wenn auch dieses große Ziel heute vor weiten Kreisen erkannt und bejaht wird, so bleibt doch das Bedenken, ob die heutigen Methoden der landwirtschaftlichen Siedlung geeignet sind, diesem Ziel zu dienen. Es stehen immer wieder Kritiker und Zweifler auf; man muß eigentlich feststellen, daß alles, was in der Siedlung praktisch geschieht, heute in Grund und Boden festliegt wird. Eine durch das ganze Land gehende Agitation spricht immer wieder davon, daß alle bisher angelegten Siedler „plette“ wären. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine so tiefgehende landwirtschaftliche Krise, wie wir sie heute erleben, auch ihre harten Rückwirkungen auf die Siedler ausüben muß. Hinzu kommt, daß gerade die amtlich geförderte Deflation die Siedler besonders schwer trifft, weil die Siedler — wie sonst niemand in Deutschland in den letzten Jahren — Sachwerte gegen Kredit (und zwar gegen Kredit in Höhe von 90 und mehr vom Hundert des Kaufpreises!) erworben haben. Die Sachwerte sind entwertet, die Kreditverpflichtungen sind ihrem Kapital wie ihrer jährlichen Zinsbelastung nach in vollem Umfang bestehen geblieben. Das muß zu großen Schwierigkeiten, oft zur Verdröbung der Lebensfähigkeit dieser Siedlerstellen führen, und eine Rentenermäßigung, zunächst wenigstens für einige Jahre, muß deshalb angefordert werden. Aber es bleibt trotz dieser ohne weiteres sichtbaren Schwierigkeiten noch ein anderer Fehler, die ganz zweifellos in den vergangenen Jahren durch zu aufwendige Bauten und zu kostspielige Siedlungsverfahren begangen worden sind, die Laßsache befehen, daß zum größeren Teile die in der Vorkriegszeit wie in der Nachkriegszeit angelegten Siedler auch heute noch durchaus lebensfähig sind und sich auf ihren Stellen behaupten können, wenn nur die Preise für die vorwiegend bäuerlichen Produkte (Milch, Vieh) wieder einen einigermaßen erträglichen Preis erzielen. Man spricht ja immer nur von den Füllen, in denen Notstände eingetreten sind, während die zahlreichen Siedlungen, die sich auch in diesen Krisenzeiten kraftvoll

gehalten haben, fast nie in der Öffentlichkeit erwähnt werden. — Im übrigen ist für die landwirtschaftliche Siedlung in den letzten Jahren durch eine wesentliche Beschleunigung der Siedlungsverfahren und eine planmäßige Verbilligung der Bauten eine Siedlungsmethode gefunden worden, die es auch in der heutigen Zeit landwirtschaftlicher Krise ermöglicht, die Siedlung mit Aussicht auf guten Erfolg fortzusetzen. Während noch vor drei bis vier Jahren der Bauaufwand für die einzelne Siedlerhülle sich auf 18 000 bis 22 000 RM. belief, wird man heute durchweg mit Baukostenföhen von durchschnittlich nur 6000 bis 7000 RM. rechnen können. Diese Verbilligung wird erzielt durch weitgehende Verwendung der alten Gutsgebäude und durch Verringerung des Umfangs der Gutsgebäude, namentlich der Wohngebäude und auch des Scheunenumfanges, während der Stall als der eigentliche Wirtschaftsmittelpunkt des bäuerlichen Betriebes möglichst wenig eingespart wird. Auch in der Ausstattung der Baulichkeiten werden heute wesentliche Ersparnisse gemacht, ohne daß dadurch die Wirtschaftlichkeit des Betriebes beeinträchtigt wird.

Das alles ermöglicht jetzt — was besonders wichtig ist — auch die Anlegung von Siedlern, die nur ein verhältnismäßig geringes Kapital mitbringen, die also durch die landwirtschaftliche Siedlung zu wirtschaftlichem Aufstieg kommen. Die Siedlung ist eines der wenigen Gebiete im deutschen Wirtschaftsleben, auf denen noch Entwicklungsmöglichkeiten für eine noch vorwärtsstrebende Menschheit gegeben sind; was gibt ihr aber ihre rein wirtschaftliche Bedeutung hinaus einen ganz besonderen grundsätzlichen Wert. — So steht heute die Siedlung bereit, ihre Aufgaben für die deutsche Zukunft zu lösen — wenn nur die Hemmnisse beseitigt werden, die ihr augenblicklich noch entgegenstehen. Diese Hemmnisse liegen einmal in den finanzschwierigsten der öffentlichen Hand, in der fast von Monat zu Monat neu auftretenden Unsicherheit, ob für die Siedlung die notwendigen Reichscredits bezugsfähig werden können. Die Hemmnisse liegen weiter in verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten, in der zweifellos vorhandenen Überbelastung des deutschen Verwaltungapparates in Reich, Ländern und Provinzen; unter der Beteiligung dieser Fülle von Instanzen muß gerade ein wirtschaftlicher Vorgang wie die Siedlung, bei dem Schnelligkeit und Schlußfertigkeit in der Durchführung alles bedeuend am härtesten leiden. Und schließlich ergeben sich Schwierigkeiten für die Siedlung aus der ungeklärten Lage der Offhilfe, aus den Maßnahmen des Sicherungsverfahrens, die den größten Teil des Landes, das im Osten für die Siedlung in Frage käme, fast hermetisch abgeschlossen haben, und die auch in den Fällen, in denen eine Umfandung der Betriebe in der Hand der bisherigen Besitzer überhaupt nicht mehr in Frage kommt, die Verwertung des Landes im Wege der Zwangsversteigerung oder des freiwilligen Ankaufs durch eine Siedlungsgesellschaft unmöglich machen. Durch alle diese Umstände ist im Jahre 1932, für das bisher noch kein amtliches Gutachten der Siedlung in den Jahren 1930 und 1931 ein besonderes Siedlungsergebnis erhoffte, ein harter Rückschlag in der Siedlungsarbeit eingetreten und damit wertvolle Zeit verlorengegangen. Es ist eine dringende Aufgabe der heutigen Regierung, die Umwidlung der Offhilfe so weit zu klären, daß die Errichtung des Gütermarktes im Osten gefördert wird und beschleunigt der Siedlung das Land zugesichert wird, das nur in der Hand neuer Besitzer, eben in der Hand der Bauern, dauernd der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung erhalten bleiben kann.



Eine neu geschaffene Bauernsiedlung

(Luftbild des Aerialographischen Instituts A.-G.)

## Die Neuregelung des freiwilligen Arbeitsdienstes / Von Ministerialrat Dr. A. Wende

Der freiwillige Arbeitsdienst ist durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 16. Juni 1932 auf eine bessere Grundlage geordnet worden. Die Verordnung wird zusammen mit den Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers binnen kurzem in Kraft gesetzt werden<sup>1)</sup>. Umfang und Zweck des freiwilligen Arbeitsdienstes werden im ersten Artikel der neuen Verordnung folgender-

maßen zusammengefaßt: „Der freiwillige Arbeitsdienst gliedert den jungen Deutschen die Gelegenheit, zum Nutzen der Gesamtheit im gemeinnützigen Dienste freiwillig ernst Arbeit zu leisten und zugleich sich körperlich und geistig-fähig zu erwidern.“ Daraus ergibt sich, daß die bisherige enge Verbindung des freiwilligen Arbeitsdienstes mit der Arbeitslosenfürsorge gelöst ist und der freiwillige Arbeitsdienst künftig allen Arbeitsdienstwilligen jüngerer Alters offensteht. Als Altersgrenze für eine finanzielle Förderung sieht die Verordnung im Art. 6 im allgemeinen das 25. Lebensjahr vor.

<sup>1)</sup> Über die Habegabe Entlohnung des freiwilligen Arbeitsdienstes und die sie leitenden Bestimmungen vgl. die Aufsätze Die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes in 1. Juliheft 1932 des „Heimdienstes“.

Arbeitsdienzwillinge, die in der Arbeitslosenversicherung, in der Arbeitslosenversicherung oder als Wohlfahrtsarbeitslose in der öffentlichen Fürsorge unterfüttert werden, sind bei der Förderung bevorzugt zu berücksichtigen. Im übrigen aber ist die Voraussetzung für eine Förderung im freiwilligen Arbeitsdienst weder die Unterfütterungsbedürftigkeit noch die Arbeitsnehmerlosigkeit des Arbeitsdienzwillingen. Auch Studenten und Jungakademiker können eine Förderung erhalten. Personen über 25 Jahre können in Ausnahmefällen in der Regel auch dann nicht mehr gefördert werden, wenn sie Unterfütterungsempfänger sind.

Ein dem Grundsatz der freien Willigkeit bei der neuen Verordnung nichts geändert. Dem Arbeitsdienzwillingen steht nach wie vor nicht nur der Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst, sondern auch der jederzeitige Austritt frei. Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes soll eine freie Arbeit stehen. Hohe Beschäftigungsarbeiten genügen nicht. Der Arbeitserfolg soll vielmehr in angemessenem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln stehen. Den Arbeitsdienzwillingen soll aber auch Gelegenheit geboten werden, sich im freiwilligen Arbeitsdienst geistig zu bilden und sportlich zu betätigen. Sowie Arbeitslager in Frage kommen, sollten sie von eodem Gemeinschaftsgehalt getragen sein.

Die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienzwillingen sollen auch föhlig gemeinsamüt und nützlich sein. Der Arbeitsdienst darf nicht zu einer Deringerung der Arbeitsgelegenheit auf dem freien Arbeitsmarkt führen. Er muß sich auf Arbeiten erstrecken, die weder jetzt noch in absehbarer Zeit ohne Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes vorgenommen werden können. Arbeiten, die als Lohnarbeiten durchgeführt werden können, sollen nicht im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes gefördert werden. Die Gemeinnützigkeit wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Arbeiten in erster Linie einem bestimmten Personenkreis (Mitgliedern von Verbänden und Genossenschaften, Hilfsbedürftigen) zugute kommen, sofern die Allgemeinheit ein wesentliches Interesse an der Ausführung hat.

Da der freiwillige Arbeitsdienst der Gesamtheit dienen soll, darf er nicht für politische oder parteifeindliche Zwecke mißbraucht werden. Eine ähnliche Vorschrift findet sich auch in den bisher geltenden Bestimmungen.

Träger der Arbeit dürfen auch föhlig nur Körperschaften des öffentlichen Rechts oder jöliche Vereinigungen oder Stiftungen sein, die nach ihrem Zwecke gemeinnützige Ziele verfolgen, ferner Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitsdienzwillingen zusammenfassen. Unternehmungen, die auf Erwerb gerichtet sind, können nur dann Träger der Arbeit sein, wenn die Ergebnisse ausschließlich oder überwiegend der Allgemeinheit unmittelbar zugute kommen. Als Träger des Dienstes kommen neben den Trägern der Arbeit Vereinigungen oder Personen in Betracht, die für die Zusammenfassung und Betreuung von Arbeitsdienzwillingen in besonderem Maße geeignet sind.

Der Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst begründet ebenso wenig wie bisher ein Arbeits- oder Dienstverhältnis im Sinne der gesetzlichen Vorschriften. Den Arbeitsdienzwillingen kommt jedoch die soziale Versicherung und der Arbeitschutz zugute, soweit die Natur der Arbeit es erfordert. Die Sozialversicherung für die Arbeitsdienzwillingen wird wesentlich vereinfacht und verbilligt. Das Nähere enthalten die Ausführungsvorschriften.

Um die Mittel, die für den freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stehen, so wirksam wie möglich einsetzen zu können,

werden die Reichsmittel und die Mittel, die die Reichsanhalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für denselben Zweck zur Verfügung stellt, einheitlich zusammengefaßt und verwaltet. Damit wird das ganze Verfahren, über dessen Schwerfälligkeit unter den bisherigen Vorrichtungen vielfach geklagt wurde, ganz wesentlich vereinfacht. Die Verwaltung der Mittel und die Leitung des freiwilligen Arbeitsdienstes ist Sache eines Reichskommissars, der dem Reichsarbeitsminister untersteht. Als Reichskommissar hat die Reichsregierung auf Vorschlag des Reichsarbeitsministers den Präsidenten des Reichsanhalts für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Strup, ernannt. Ihm sind als Bezirkskommissare die Präsidenten der Landesarbeitsämter unterstellt. Diese entscheiden darüber, ob eine Arbeit den Voraussetzungen für eine Förderung entspricht und setzen Höhe und Dauer der Förderung fest.

Als Förderung wird für den Arbeitsdienzwillingen ein Betrag von höchstens 2 RM. wochentlich bis zur Dauer von 20 Wochen innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren gemährt werden. Bei Arbeiten, die von dem Bezirkskommissaren als besonders föhlig wertvoll anerkannt sind, soll die Förderung bis zu 40 Wochen verlängert werden können.

Unabhängig von dieser Förderung können Arbeitsdienzwillinge, die bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten beföhlig sind, Guldtschriften für Siedlungszwecke im Reichsschuldbuch erhalten. Die Guldtschrift darf nur beim Erwerb einer Siedlerstelle, bei der Errichtung eines Eigenheims oder als Beitrag zu den Kosten einer Siedlerföhlung Verwendung finden. Sie beträgt für jeden Wochentag der Beschäftigung 1,50 RM. Die Einzelheiten finden sich in den Ausführungsvorschriften.

Ob ein Arbeitsdienzwilling aus den Mitteln des freiwilligen Arbeitsdienstes gefördert werden kann, entscheidet der Vorsitzende des Reichsarbeitsamts des Ortes, in dessen Bezirk die Arbeit ausgeführt wird. Er handelt dabei als Bevollmächtigter des Bezirkskommissars.

Besondere Anordnungen werden für die Auswahl und Schulung von Führern getroffen werden müssen, auf die es bisher freiwilligen Arbeitsdienst entscheidend ankommt.

Reichskommissar und Bezirkskommissare sollen Personen und Vereinigungen, die sich auf dem Gebiete des freiwilligen Arbeitsdienstes besondere Erfahrungen erworben haben, zur beratenden Mitwirkung heranziehen. Auch mit den Dienststellen des Reichs, der Länder und der Gemeinden und anderer öffentlicher Körperschaften, die für die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes in Frage kommen, sollen sie föhlig föhlung halten. Auf diese Weise sollen Angebot und Nachfrage aufeinander abgestimmt und alle Möglichkeiten für einen zweckföhlen Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgenutzt werden.

Die Reichsregierung sieht, wie sie bei Verdröfung der neuen Verordnung zum Ausdruck gebracht hat, in der neuen Regelung des freiwilligen Arbeitsdienstes keine endgültige Ordnung des Gegenstandes. Sie hält vielmehr den Arbeitsdienst für entwicklungsfähig und behält sich vor, ihn unter Berücksichtigung der kommenden Erfahrungen weiter auszubauen. Der Reichskommissar hat den Auftrag, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienpflicht zu erstatten. Das Gutachten wird der Öffentlichkeit zur Beurteilung zugehen.

## Zwang zur Rationalisierung im Steinkohlenbergbau

Von Oberingenieur W. Speilmann, Lehrer für Grubenrechnungsweisen an der Bergschule in Essen

Das Wort Rationalisierung ist neu, es heißt nicht in Dudens Wörterbuch und läßt sich föhngemäß nicht übersehen. Dagegen ist nicht neu, was unter dem Worte verstanden wird. Schon föhrl fand der Bergbau, und besonders der schwer um Dasein ringende Ruhrkohlenbergbau, Anschlag auf die Großproduzente, an Hochöfen und Walzwerke, und schon in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts schlossen sich die Bergwerksbesitzer im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier zu gemeinschaftlichen Arbeit zwecks Abregelung zusammen. Infolge dieses Zusammenwirkens im Syndikat und in enger Verbindung mit der Eisendustrie fand in der Vorkriegszeit der Bergbau, dessen große volkswirtschaftliche Bedeutung allgemein anerkannt wurde, in Blüte.

Durch den verlorenen Krieg hat Deutschland wohl seine machtpolitische Stellung verloren, dagegen begehnten unsere Wirtschaftsleistungen jenseits der Grenzen nach wie vor allgemeine Achtung. Wollten wir diese erhalten und festigen, so müßten wir das wertvolle Gut der Arbeitskraft zweckmäßig und mit höherer Wirkung verwerten. Das war die einzige Möglichkeit, im Auslande einen dauernden Markt zu gewinnen. Auch der größte Teil unserer Arbeitnehmerkraft, insbesondere die anerkanntesten Organisationen, fand

in der Verbesserung der Arbeitsmethode freundschaftlich gegenüber, forderte sogar die Rationalisierung und verschloß sich nicht der Erkenntnis, daß eine durchgreifende Reorganisation der Betriebe auch im Interesse der Arbeiterschaft erforderlich sei. Für den Ruhrkohlenbergbau wurde ebenfalls der freie Entschluß zum Vorwärtswohlen verfröcht durch den Zwang, sich lebens- und wettbewerbsfähig zu halten, indem er alle Möglichkeiten der Arbeitsverbesserung ausschöpfte.

Das Friedensdiktat zerriß das Band, das die Wirtschaft des Ruhrkohlenbergbaus über die Eisendustrie hinweg mit den Mitteln des Kohlenzinsens verknüpfte. Dieser Ergriffis herab, wurde die Montandustrie notleidend, und da diese der Hauptkohlenproduzent ist, wurde auch der Steinkohlenbergbau sehr geschwächt. Dazu kam eine Deringerung des Absatzes nach den großen Werken Luxemburgs, welches föhler zum deutschen Zollgebiet gehörte und heute im Zollverein mit Belgien verbunden ist.

Trotzdem entstand in den ersten Nachkriegsjahren in Deutschland ein großer Kohlenmangel, da die föhleren Arbeitszeit unter Tage von achtzehn Stunden auf sieben Stunden herabgesetzt wurde und viele allgemeine wie auch föhliche Streiks den Verbrauch hinderten, den Kohlenbergbau zu betrieblen. Die Kohlenförderung ging im

Ruhrbezirk um ein Drittel je Kopf und Schicht zurück und kam während des Ruhrkampfes fast ganz zum Erliegen. In dieser Zeit der Kohlenknappheit wurde auf den großen Häufen damit begonnen, die Kohlewärtschicht wissenschaftlich mit dem Ziele der Kohleerparnis zu untersuchen. Der Erfolg dieser Arbeit war, daß heute z. B. für die Erzeugung einer Tonne Roßkohle etwa nur ein Drittel von der Kohlenmenge verbraucht wird wie vor dreißig Jahren.

Der Braunkohlenbergbau erflachte, weil seine Förderung im Inlande verbleibt und nicht so starkem ausländischer Konkurrenz wie der Steinkohlenbergbau begegnet. Zum Treiben der Motoren fand die Verwendungs von Öl weite Verbreitung, und auch die fortschreitende Ausnutzung der Wasserkraft schenkte den Abhängigkeit der Steinkohle weiser ein. Der holländische Bergbau, früher kaum beachtenswert, entwickelte sich in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zu einer bedeutenden Leistungsfähigkeit. Billige Kohle polnischer Herkunft konkurrierte auf mehreren Auslandsmärkten mit der deutschen Steinkohle. In Großbritannien wurde die Kohlenförderung u. a. durch staatliche Zuwendungen sehr pfleglich behandelt. Gute geologische Verhältnisse, billige Verfrachtungsmöglichkeit und in letzter Zeit der Währungssturz machten England zum schärfsten Wettbewerber auf dem Weltkohlenmarkt.

Es waren aber auch noch andere, nicht minder wichtige Gründe für den Ruhrkohlenbergbau zwingend, die Leistungsfähigkeit der Gruben zu steigern. Als Ersatzlast wurden den Gewerkschaften Industrieobligationen auferlegt, und hohe Eisenbahnfrachten wurden durch Reparationserpflüchtungen erzwungen. Die Staffeln der Frachtsätze bewies, daß die Ruhrkohle (hohe in Kasse) auf Kohle aus dem weitabgelegenen Oberberlinen löst. Hohe Steuerlast zehrte alle stillen Reserven auf. Die aufgenommenen Verpflichtungen drückten außerordentlich, weil die Zinsätze eine früher ungekannte Höhe erreichten. Das ist bei der Eigenart des Bergbaus, in dem große Anlagekapitalien verhältnismäßig nur geringen Betriebsmitteln gegenüberstehen, von besonderer Bedeutung. Die sozialen Ausgaben mußten zu einer fast Untermensch und Arbeitsnehmer untragbaren Last und verteuerten die Kohle. Bei den Kohnerkandlungen konnten seitens der Arbeiterschaft immer höhere Löhne erzielt werden, und die Lohnpolitik fand eine Anwendung, welche die unternehmerische Betätigung stark einschränkte.

Diese und noch einige andere Gründe zwangen den Bergbau im Ruhrbezirk zur Rationalisierung, die einem Aufbau von Grund auf ähnlich war. Worin bestand diese Umstellung? — Vereinfachte Zechen,

die unrentabel arbeiteten, wurden stillgelegt. Damit die Maschinen möglichst oft ausgenutzt werden konnten wurde die Förderung auf wenige Schächte zusammengelegt. Ähnliches geschah mit den Aufbereitungs- und Verladeanlagen und durch den Bau großer Zentralkokereien. Auf den Gruben, die in Förderung blieben, wurde die Anzahl der Betriebspunkte verringert, wodurch die fossipfichtige Unterhaltung zahlreicher Strecken wegfiel. Man baut zunächst solche Grube ab, deren Kohlenforten gefragt werden, und läßt Grube mit weniger gefragten Sorten oder mit schwierigeren geologischen Verhältnissen vorerst inerte bis auf bessere Zeiten in der Grube zurück. Die Kohlengeminnung und die Förderung „per Ort“ sowie das Verfrachten der geschlossenen Hohlräume wurden mechanisiert, wodurch die Anzahl der unter Tage initialisierten Pferdekräfte eine früher ungekannte Höhe erreichte.

Diese Maßnahmen bewirkten, daß der Förderanteil je Arbeiter und Schicht erheblich stieg. Jedoch ist diese Leistungserfolge kein Gradmesser für die Wirtschaftlichkeit der Gruben. Ihre Rentabilität ist nur zu ermitteln aus den Zahlen, die „unter dem Strich“ stehen. Aus der Bilanz ist nun zu ersehen, daß alle Rationalisierungsmaßnahmen nicht genügt haben, den Steinkohlenbergbau wieder rentabel zu gestalten, und alle Erfolge der Rationalisierung durch erhöhte Steuern, höhere Löhne und gesteigerte Soziallasten wieder ausgeglichen wurden.

Der Bergbau ist frant.

Da das ganze Wirtschaftsleben an der Ruhr in seinen vielen Verzweigungen und Verflechtungen auf Gedeih und Verderb mit dem Kohlenbergbau verbunden ist, ist der freier blühende reinlich-wirtschaftliche Industriebezirk in seinem ganzen Aufbau und allen seinen Schichten notleidend.

Diese Stellungling hing wie die Sitane eines Jeremias. — So es aber nicht gemeint. — Es gibt feiner Grund, warum die ungläublichen Anstrengungen, die der Zerkalt gemacht hat, nicht letzten Endes doch zum Guten ausschlagen können. Voraussichtlich hierfür ist, daß die Vergindulrie von unvertägliehen und untragbaren Belastungen befreit wird. Es ist nicht einzuhaben, daß es ein Nachteil ist, wenn der Bergmann dem Gebirgsfluge seine Schätze mit vervollständigter Kraft abträgt. Ein Zurück auf dem Wege der Entwicklung ist schon im Hinblick auf den ausländischen Wettbewerb unmöglich. Ein Dorwärts liegt allen frei. Und es gibt nur eine unerregliche Sünde in der Technik und Wirtschaft: Stillstand.

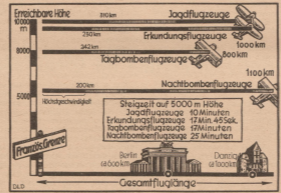
## Die Maßnahmen des Auslandes auf dem Gebiet des zivilen Luftschutzes

Von H. Blesler, Berlin

Unter Luftschutz versteht man die Verteilung des Luft- raumes über Reich und Hoheitsgewässer sowie die Durchführung aller militärischen und zivilen Maßnahmen, die zur Herabminderung der durch Luftangriffe entstehenden Schäden dienen. Demnach unterscheidet man einen aktiven oder militärischen und einen passiven, zum Teil militärischen, zum Teil zivilen Luftschutz. Abgesehen von

die Wahrnehmung dieser Geschäfte in der Hand einer militärischen Dienststelle vereinigt. Marschall Pétain wird zum Generalinspekteur des Territorialen Luftschutzes ernannt. Seitdem steht die Luftschutzwartung unter der energischen Führung des französischen Marschalls. Nachdem er sich durch zahlreiche Luftschutzbühnen in Laufe des vorigen Jahres über den Stand der Arbeiten des ihm amtierenden Gebietes unterrichtet hat, läßt er es für seine vorrangige Arbeit, Organisationsmaßnahmen für den Aufbau des Heimatluftschutzes herauszugeben. So entstanden vor kurzem die vom Ministerpräsidenten kaval untersuchten „Instruktionen“ für

wenigen ortsfesten Abwehrschützen älterer Bauart der gestung Königsberg und solchen an der Küste ist Deutschland durch den Vertrag von Versailles die militärische Abwehr verboten. — Die vor kurzem in Ostpreußen unter Leitung amtlicher Stellen festgestandene große Luftschutzbühne hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in erhöhtem Maße auf den zivilen Luftschutz gelenkt. Gleichzeitig mit der Berichterstattung über diese Übung gingen Nachrichten von bevorstehenden großen Luftschutzmärschen Frankreichs durch die Presse. Es erscheint daher dieser Augenblick ganz besonders geeignet, zu untersuchen, was jenseits der deutschen Grenzspäße auf dem Gebiete des zivilen Luftschutzes geschehen ist.



die Durchführung des zivilen Luftschutzes“ und kurze Zeit später einzelne für Sonderzwecke bestimmte Anhänge. In diesen Richtlinien werden neben praktischen Hinweisen insbesondere die Verantwortlichkeiten der Militär- und Zivilbehörden festgelegt. Verantwortlich für die Durchführung aller Luftschutzmöglichkeiten innerhalb eines Landesdepartements ist der Kommandant. Hinsichtlich der Finanzierung bestimmen diese Instruktionen, daß der Staat die notwendigen Ausgaben für die öffentlichen Einrichtungen deckt, und die kommunalen Behörden für solche Ausgaben aufzutommen haben, die unmittelbar zum Nutzen der Allgemeinheit sind. Mit besonderer Sorgfalt ist auch die Auffassung der Bevölkerung behandelt. Hierbei sollen den Organisationen der Reserveoffiziere wichtige Aufgaben zu.

Von der Erkenntnis ausgehend, daß ein wirksamer Schutz ein gutes Nachrichtenetz zur Voraussetzung hat, wird der Flugmelde- dienst vorrangig bearbeitet. Für die Führung der Beobachtungs-

In Frankreich wurden die ersten Anordnungen für den Schutz der Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe bereits 1923 erlassen. Notfortschwierigkeiten der beteiligten Ministerien wirkten sich jedoch so hemmend auf die Arbeiten aus, daß praktisch bis zum Jahre 1928 ein Fortschritt der Luftschutzarbeiten in Frankreich nicht zu verzeichnen ist. Seitdem nehmen sie in besonderem Maße die militärischen Kreise dieser Materie an. Im Januar 1931 veröffentlicht die Regierung eine Erklärung, in der sie sich mit Nachdruck für die Durchführung von Luftschutzmöglichkeiten ausspricht und gleichzeitig

...inien sind in erster Linie die Bedeutung eines Gebietes für die Landesverteidigung sowie die wirtschaftliche Zusammenfassung des Landes maßgebend. Auf diese Weise entsteht ein unregelmäßiges, mit bestimmten Schwerpunkten versehenes Nachrichtennetz. Die einzelnen Flugmeldedepos auf den Beobachtungslinien sind etwa 10 bis 12 km voneinander entfernt und mit der in jeder Masse liegenden Meldebefehlseinheit nachrichtentechnisch verbunden. Zunächst werden hierzu die vorhandenen Postleitungen verwendet, jedoch wird der Bau von eigenen Leitungen angestrebt. Für die Besetzung der Flugmeldedienststellen ist besonders gut ausgebildetes Personal vorzusehen. Ein Anlaß der erwähnten Organisation des Flugmeldedienstes läßt sich im Schutz von Paris besonders analogie sein. Es sind zu diesem Zweck von der „Commission Départementale de la Défense de Paris“ Richtlinien aufgestellt, die für die Bearbeitung des Luftschutzes der Hauptstadt drei Kommissionen vorsehen. In ihnen sind neben Vertretern aller Behörden auch diejenigen der in Frage kommenden Organisationen vertreten. (Feuerwehr, Rotes Kreuz usw.)

Auch für den Gaschutz wird neuerdings geradezu in marktschreierischer Form Propaganda gemacht. Zum Zwecke der Aufklärung der Bevölkerung ist in Paris unter dem Vorhinein eines Oberleutnants die „Ligue de défense arienne“ gegründet.

Es ist schließlich noch zu erwähnen, daß Frankreich auch für diese vier weitere Luftschutzbahnen, und zwar vorsehentlich an seiner Westgrenze (Dijon, Metz), plant.

In England hat man ebenso wie in Frankreich zunächst ein gutes Meldernetz geschaffen. Die Erkenntnis, daß es in dem vereinigten Königreich infolge seiner geographischen Lage und wirtschaftlichen Struktur nur ein Gehirnszentrum größeren Umfanges, nämlich London, gibt, ist für den Aufbau des englischen Flugmeldedienstes maßgebend gewesen. Man hat sich darauf beschränkt, lediglich zwischen Hauptstadt und Südküste ein Flugwachnetz aufzubauen. Über feststehende Meldesentralen, deren es in diesem Gebiet sieben gibt, gelangen die Meldungen auf luftschutzeigenen Leitungen oder dem Fernnetz in das Hauptquartier der Abwehr im südlichen Bezirk Londons. Die Meldedienststellen werden durch freiwillige aller Stände und jeden Alters besetzt. Jede Ausbildung ist so einfach wie möglich. Innerhalb Londons sind schließlich nur durch Ausnutzung des U-Bahnnetzes Zufahrtstrassen für die Bevölkerung zu schaffen. — Äußerungen hoher englischer Regierungsbeamten zufolge, beschäftigt man sich in jüngster Zeit auch in erheblicher Maße mit dem Gaschutz, wobei dem englischen Roten Kreuz die Aufgabe zuteil geworden ist, insbesondere für die Ausbildung seiner Angehörigen in der Gasabwehr zu sorgen. Die Belehrung der Bevölkerung erstreckt sich auf alle Kreise einschließlicher der Schuljugend. Bei dieser Aufklärungsarbeit wird die Regierung durch einflussreiche Klubs unterstützt.

Von den nördlichen Ländern verdient besondere Erwähnung Schweden, das sich seit 1927 eingehend mit dem Problem des Luftschutzes beschäftigt. Es ist insbesondere das Verdienst der „Ver-einigung für Erhöhen des Luftschutzes“ in Schweden, den Ver-banden für den Luftschutz nachzujubeln und die Maßnahmen der Be-zhöden tatkräftig zu fördern. Nach einem Bericht der Jahresver-sammlung dieser Vereinigung, die im Juni dieses Jahres stattgefunden hat, sind den behördlichen Kassen für die Anschaffung von Luftschutzgerät und die Einrichtung bestimmter Dienststellen erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt. So z. B. für Flug-abwehrkanonen und Scheinwerfer 320 000 Kronen, für die Einrichtung einer Flugmeldzentrale 150 000 Kronen.

In Italien wurde durch das Gesetz vom 18. Februar 1931 die Organisation des Luftschutzes veranlaßt. Dieses Dekret bestimmt u. a., daß die territorial- und wirtschaftlich eine Sondertruppe der nationalen freiwilligen Sicherheitsmiliz sei und als solche gemeinsam mit den militärischen Abwehrkräften den Luftschutz in Friedenszeiten vorzubereiten und im Kriege auszuführen habe. Der Schwerpunkt der Verantwortung liegt demnach in Italien bei der militärischen Behörde.

Auch in Italien wird zunächst der Flugmeldedienst organisiert. Die Flugwachlinien ziehen sich entlang der Grenze. Darüber hinaus sind alle größeren und wichtigsten Städte mit besonderen Alarmkreisen umgeben. Die Abstände der Flugwachposten untereinander betragen ungefähr 10 km. Vorläufig besteht der Flugmeldedienst die Fern-sprechleitungen des öffentlichen Verkehrs, jedoch wird auch hier ein besonderes Flugmeldernetz angestrebt.

Die Dislozierung einzelner wichtiger Industrien aus der westlichen Kombarde in Gegenden südlich des Apennins läßt darauf schließen, daß man sich von Seiten der amtlichen Stellen befreit ist, diese Betriebe in weniger gefährdeten Zonen unterzubringen.

Dem Gaschutz widmet die Behörden auf den vorjährigen Ausstellungen in Rom und Mailand durch Vorführung von Gas-schutzgeräten ihre erhöhte Aufmerksamkeit.

In der Tschechoslowakei hat das National-Verteidigungs-Ministerium bereits im Mai 1930 alle Kreise zur tatkräftigen Betätigung auf dem Gebiete des zivilen Luftschutzes aufgerufen. Ein „Beirat für die polizeiliche Flugabwehr für die Bevölkerung“, an dessen Spitze der Vorsitzende des Nationalrates steht, beschäftigt zunächst in allen Städten Ausschüsse für die Aufführung der Bevölkerung zu bilden. Des weiteren sollen diese Ausschüsse an der Erkundung und Bereit-stellung von Zufluchtsstätten sowie der Vorbereitung der Organi-sation des Sanitätsdienstes mitarbeiten. In häuslicher Beziehung hat man, soweit es sich um öffentliche Bauten handelt, behördlich-weise bestimmte Richtlinien erlassen und so Sorge dafür getroffen, daß die Kellerräume neugebauter öffentlicher Gebäude splitter- und gasdichter eingerichtet werden.

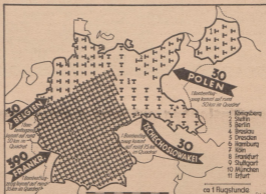
Zu Land hat sich in dem „Osó Aviachim“ eine das ganze russische Volk umfassende Organisation geschaffen, die im wesentlichen für den zivilen Luftschutz verantwortlich ist. Da der Stille dieses Bundes heißt der Präsident des Rates der Volkswirtschaftler. Die Luftschutzausbildung geschieht in besonderen Zellen, die nach Art der Parteilagen in Rayons zusammengefaßt sind. Die Rayons wiederum erhalten ihre Weisungen über die Provinzialleitung von der Zentrale des Verbandes, der in seiner Spitze, wie bereits gesagt, rein parteilich eingegliedert ist. Der Luftschutzverband wird somit zu einem wesentlichen Faktor der Parteiorganisation.

Neben den umfangreichen Arbeiten dieses Privatverbandes arbeitet die Regierung auch selbstständig auf diesem Gebiet. Sie ist mit Nachdruck bemüht, die größten und wichtigsten wohn-schiffe und Verkehrsnotenpunkte an der Westgrenze mit Luftschutz zu versehen. — Besonders häufig wird bei Erörterungen über Luftschutz Polen genannt.

Dies dürfte einen Grund darin haben, daß in Polen eine mit weitestgehender Unterstützung des Staates ausgestattete Organi-sation, die Liga für Luft- und Gaschutz, in propagandistischer Weise die Belange des Luft-schutzes vertritt. Besonders rüh-rig ist sie in den deutschen Grenz-gebeten. Aufklärung der Schul-jugend und Unterrichtung der Bevölkerung durch Flug- und Luftschutzwochen sind ihr Haupt-sache. Diese Vereinsveranstal-tungen anhaften, wird seitens der Regierung gefestlich hinweg-gesehen. Der Zweck heiligt die Mittel. Kindern werden Papier-gasmasken ausgelegt und mit ihnen Demonstrations- und Werbe-züge veranstaltet. Die bei solchen Veranstaltungen einkommenden Gelder werden von der Liga zur Anschaffung von Literatur und Anschaffungsmaterial verwendet. Hierzu wird oft ein Zufluß aus öffentlichen Kassen gewährt.

Behördlicherseits verwendet man größte Sorgfalt auf die Aus-bildung der Wehrfähigen im Luft- und Gaschutz. In acht-tägigen Kursen werden sie an Hand einer besonderen Vorarbeit ausgebildet und ihnen am Schluß des Lehrganges ein Diplom über die erfolgreiche Teilnahme ausgeteilt.

Leben den hier genannten Ländern beschäftigen sich auch alle anderen Staaten Europas, die Vereinigten Staaten Nord-amerikas und Japan mit dem Luftschutzproblem. Der Sime-riale, daß z. B. die neutralen Länder, Holland und die Schweiz, diesem Gebiet ihre besondere Aufmerksamkeit widmen, demselb zur Ge-nüge, wie erich man überall dieses Gebiet der Landesverteidigung nimmt. Deutschland steht am Anfang seiner praktischen Arbeit. Die letzten Abkommen im Osten der Welt waren die erste größere Überprüfung jahrelanger theoretischer Arbeiten. Das Spiegelbild der Presse über diese Versuche läßt, abgesehen von wenigen Aus-nahmen, den Schluß zu, daß auch in unserem Lande die Erkenntnis von der unbedingten Notwendigkeit eines Luftschutzes sich Bahn bricht. Der zivile Luftschutz nur ein Teil des ge-samten Luftschutzes, dessen wichtiger Teil die militärische Abwehr ist. Alle Staaten der Welt befehlen neben dem zivilen Luftschutz einen bevorzogenen militärischen Luft-schutz. Das Zusammenarbeiten beider Arten vergrößert somit über-haupt möglich einen guten Schutz des Vaterlandes und seiner Bürger gegen Luftangriffe.



betätigungsfeld. Aber Mängel, die diesen Vereinsveranstaltungen anhaften, wird seitens der Regierung gefestlich hinweg-gesehen. Der Zweck heiligt die Mittel. Kindern werden Papier-gasmasken ausgelegt und mit ihnen Demonstrations- und Werbe-züge veranstaltet. Die bei solchen Veranstaltungen einkommenden Gelder werden von der Liga zur Anschaffung von Literatur und Anschaffungsmaterial verwendet. Hierzu wird oft ein Zufluß aus öffentlichen Kassen gewährt.

## Zum 11. Deutschen Sängerbundesfest

Von Dr. Hermann Ullmann.

Die Sängerbundesfeste haben bereits eine Bedeutung in der deutschen Geschichte. Aus den bescheidenen Anfängen der Helterschen Vefreudungen noch Goethe wohlwollenden An-

teil nahm, aus den ersten Sängervereinigungen in Pladingen (1827) und Frankfurt am Main (1838) mit ihrer Pflege einer sozial ausgleichenden Gesellschaft wurde eine, das ganze deutsche Volk umfassende Bewegung, die bei strenger Disziplin alles Parteipolitischen den Gedanken der deutschen Einheit kraftvoll gefördert hat. Turner und Sänger fanden bei der Vorbereitung der Reichsgründung an erster Stelle. Seit Schillers 100. Geburtstag, vor allem seit dem berühmten Deutschen Sängerbund in Nürnberg 1861 reifte der Gedanke, einen festen Rahmen für die große deutsche Sängerbewegung zu schaffen. 1862 wurden in Koburg 41 Sängerbünde zu einer losen Vereinigung zusammengegeschlossen. 1865 fand ihr erstes Fest statt:



Sänger der 7000 im Stadion Luftschiffhafen

worden in demselben Geiste gefeiert; die Volkseinheit wurde über die Staatsgrenzen hinweg gepflegt und behutet. 1924, zum erstenmal nach den Kriegen, trifft man sich in Hannover, ernst und in merkwürdiger Hinkritischer Derivoltsommung. Das sechste fest endlich verdiente 120 000 Sängere, allein 3000 aus Amerika, in Wien zu einer Befundung großdeutschen Willens von unerschütterlicher Macht. Am endlosen festzuge marschierten Abgesandte aller deutschen Gebiete in der Welt, aus den elf Staaten, in denen das europäische Deutschland Heimatrecht hat, aus Südwefafrika und aus Nordamerika.

einheit. Es war bezeichnend, daß nach der Gründung des Reiches zunächst Rückfchläge kamen (man hätten die Bundesfeste keinen Zweck mehr, meinten manche), dann aber eine gesunde Aufwärtsentwicklung einsetzte. 1912, fünfzig Jahre nach der Gründung, umfaßte der Bund 186 000 Mitglieder in 6591 Vereinen. Heute sind es 16 405 Vereine mit 546 592 Mitgliedern.

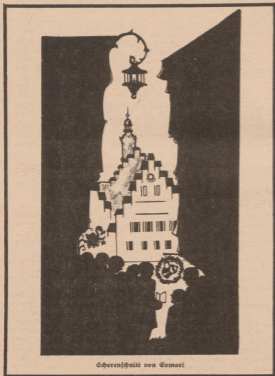
Die Sache des Deutschen Sängerbundes war die des deutschen Vaterlandes; ein Sehnen und Ringen nach der deutschen Einheit; dieser Leitspruch leuchtet seit 1865, seit Dresden allen Bundesfesten voran. Das zweite (1874) in München, das dritte (1882) in Hamburg, das vierte (1890) in Wien, das fünfte (1896) in Stuttgart, das sechste (1902) in Graz, das von der damaligen österreichischen Baden-Regierung schifftantiert wurde, das siebente in Breslau und das achte (gleich fünfzigjähriges Gründungsfest) in Nürnberg; sie alle

waren in demselben Geiste gefeiert; die Volkseinheit wurde über die Staatsgrenzen hinweg gepflegt und behutet. 1924, zum erstenmal nach den Kriegen, trifft man sich in Hannover, ernst und in merkwürdiger Hinkritischer Derivoltsommung. Das sechste fest endlich verdiente 120 000 Sängere, allein 3000 aus Amerika, in Wien zu einer Befundung großdeutschen Willens von unerschütterlicher Macht. Am endlosen festzuge marschierten Abgesandte aller deutschen Gebiete in der Welt, aus den elf Staaten, in denen das europäische Deutschland Heimatrecht hat, aus Südwefafrika und aus Nordamerika.



Am Märkischen Sängerbund in Weidam (Stadion Luftschiffhafen)

Dem ersten Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. wurde nun demütigt und planvoll ein „Tag des Volkstums“, im ernsten knappen Stil dieser Artzeit, eingefügt. Ein „Volksteutscher Ausschuss“, in dem sämtliche dem volksdeutschen Gedanken praktisch pflegende Organisationen vertreten sind, hat in den Gesamtplan der Festes eine reichgegliederte und doch streng zusammengefaßte Kundgebung für die geistige und seelische Einheit aller Deutschen in der Welt eingebaut. Zwischen die großen Konzerte, die u. a. am Donnerstag, dem 21. Juli, die Uraufführung des Oratoriums „Der jüngste Tag“ von Otto Jochum, am Freitag Uraufführungen von Werken des westfälischen Komponisten Zellius, ein Konzert des Männerchors San Franzisko, des Männergesangsvereins Zürich, der Vereinigung deutschsängernder Gesangvereine in Polen und eine überwältigende



Gherenschnitt von Comari



fälle von Darbietungen reichsdeutscher Chöre und Vereine brachten, waren wertvolle Feststunden für die Verankertungen des Volksdeutschen Ausschusses eingestiftet. Am Freitagabendmittag sprachen neben dem Reichsminister des Innern, Freiherrn von Gayl, Vertreter des Auslandsdeutschtums (Seiffarth-Brooklyn, Naumann-Peter) sowie der Vorsitzende des Vereins für das Deutschtum im Ausland Dr. Grefler, am Sonnabendmorgen in einer Paulskirchen-Versammlung ein Subedenendeutscher und ein Siebenbürger, zwei Redner also, deren Vordrater noch Vertreter in das Paulskirchenparlament gelangt haben. Am Sonntag vereinte außerdem ein Volksdeutscher Abend veranstaltet vom Verein für das Deutschtum im Ausland zu Frankfurt a. M., die auslanddeutschen Teilnehmer.

Diese besondere Betonung der volksdeutschen Einheit entspricht nicht nur der Überlieferung des Deutschen Sängerbundes und den Notwendigkeiten der Zeit, sondern auch der Bedeutung der deutschen Sängerbewegung außerhalb des Reiches selbst. Im „Sängerbund der Subedenendeutschen“ sind rund 900 Vereine mit 55 000 Mitgliedern

zusammengeschäft. Im „Siebenbürgischen Deutschen Sängerbund“ und im „Bund Banater deutscher Sänger“ sind die an Rumänien genommenen Deutschen vereint. In Rumänien und Südbanien blühen deutsche Gesangvereine. In Nordamerika bestehen mehrere Bünde, die sich 1900 in Brooklyn zu einem Sängereif mit 6000 Zesüßern zusammenschlossen. In Chile sind 22 Vereine zusammengeschlossen, in Brasilien und Argentinien, in Südamerika macht die Sängerbewegung beständige Fortschritte.

Sie ist also ein wichtiger Antrieb zur festen Befähigung und Vertiefung des Gedankens der Volksgemeinschaft auch alle trennenden Grenzen hinweg, und gerade in dieser Zeit, in der deutsche Zwierteilung das Völkertum bis in die Grundfesten erschüttert, ist das große Beispiel des Deutschtums an den Grenzen und jenseits der Grenzen, das von ihm besonders frucht- und opfervoll vorgelebte Beispiel der geistigen und seelischen Einheit des ganzen Volkes doppelt nötig und fruchtbar.

## Politische Chronik

Vom 12. bis 22. Juli

### Neubesetzung in Preußen:

Reichsanzler von Preußen empfangt die preußischen Minister Seegering, Hirtfelder und Klepper und teilt ihnen mit, daß der Reichspräsident ihn zum Reichskommissar für das Land Preußen und den Essener Oberbürgermeister Dr. Braatz zu seinem Stellvertreter und kommissarischen preußischen Innenminister ernannt habe. Der geschäftsführende Ministerpräsident Braun und der geschäftsführende Innenminister Seegering werden ihrer Ämter entbunden. Seegering erklärt, nur der Gewalt werden zu weichen, darauf wird eine zweite Noterversammlung des Reichspräsidenten veranlaßt, durch die in Groß-Preußen und der Provinz Brandenburg der militärische Ausnahmezustand verhängt wird. Die vollständige Gewalt geht an den Reichswahlminister über, der sie an den Militärberufshaber im Wehrkreis III, Generalleutnant von Rumboldt, weitergibt. — Der bisherige Polizeipräsident von Berlin, Ergenzky, der Polizeipräsident Dr. Weiß und der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, werden abgesetzt. Polizeipräsident von Berlin wird der bisherige Polizeipräsident von Essen, Melcher, das Kommando der Schutzpolizei erhält der bisherige Leiter der Polizeischule Eiche, Oberst Dötsch. — Auch die übrigen Mitglieder des preußischen Kabinetts werden ihrer Ämter entbunden. Mit der Keltung der freigebliebenen Ministerien werden kommissarische Vertreter beauftragt. — Die bisherige preußische Staatsregierung ruft den Staatsgerichtshof an (20. Juli). — Eine Reihe höherer preußischer Beamter wird ihrer Ämter entbunden, darunter 5 Staatssekretäre, 1 Ministerialdirektor, 4 Oberpräsidenten, 5 Regierungspräsidenten und 10 Polizeipräsidenten (22. Juli). — Generalleutnant von Rumboldt erläßt eine Bekanntmachung, wonach jegliche Aufforderung zum Generalstreik verboten ist (22. Juli). — Die Regelungen von Bayern und Baden erheben Klage beim Staatsgerichtshof, um eine Klärung über die Frage herbeizuführen, ob das Reich zu seinem Vorgehen in Preußen berechtigt war oder nicht (22. Juli).

### Ausland:

Bei der Abstimmung über die Haushaltsvorlage in der französischen Kammer erhält Herriot eine Mehrheit von 506 gegen 172 Stimmen bei 125 Stimmenthaltungen (12. Juli). — Anlässlich einer Kundgebung der polnischen Verbände in Warschau kommt es zu deutschfeindlichen Kundgebungen (12. Juli). — Norwegen ereignet

Bestand von Teilen Südsjö-Grönlands (12. Juli). — Im englischen Unterhaus wird der Abschluß eines englisch-französischen Konfliktatopas beantragt. Deutschland, Italien und Belgien werden zum Beitritt eingeladen (13. Juli). — Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des englisch-französischen Abkommens wird der feierlich schriftlich eingelegte Reichserwählung des Reichsanzlers von Papen beantragt (14. Juli). — Das Anleiheprotokoll für Österreich wird unterschrieben. Deutschland enthält sich bei der Abstimmung aus Protest der Stimme (15. Juli). — Das österreichische Transformatorium wird in Kraft gesetzt (18. Juli). — Der Besuch des polnischen Außenministers Galicki in Paris wird mit dem englisch-französischen Vertrauensabkommen in Zusammenhang gebracht (18. Juli). — Die Wahlen in Rumänien bringen der Nationalen Bauernpartei die Mehrheit (17. Juli). — Der amerikanische Senat verabschiedet ein Gesetz, nach dem die Ausgabe von 1,1 Milliarden neuer Banknoten zugelassen wird (17. Juli). — Die Aufnahme der Türkei in den Völkerverbund wird vollzogen (18. Juli). — Die italienische Regierung wird umgebildet, der bisherige Außenminister Grandi übernimmt den Botschafterposten in London (20. Juli). — Die britische Reichskonferenz in Ottawa wird eröffnet (21. Juli). — Botschafter Zadokin legt dem absehenden deutschen Standpunkt zum Entschließungsentwurf der Abklärungskonferenz dar (22. Juli).

### Reich:

Der deutsche Ausfuhrüberschuß beträgt im Monat Juni 79 Millionen Reichsmark, einschließlich der Reparationslieferungen 90 Millionen Reichsmark. — Der freiwillige Arbeitsdienst wird neu geordnet. Zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst wird der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, ernannt (16. Juli). — In Altona wird ein nationalsozialistischer Demonstrationsszug von Kommunisten beschossen, zahlreiche tote sind zu beklagen (17. Juli). — Der Reichsinnenminister erläßt ein allgemeines Demonstrationserbot (18. Juli). — Die Zahl der Arbeitslosen ist in der ersten Julihälfte um 16 000 auf 5 492 000 gestiegen.

### Länder:

Der thüringische Landtag wird aufgelöst; die Neuwahlen finden zusammen mit den Reichstagswahlen statt (15. Juli).

## Zur Zeitgeschichte

### Der Abschluß der ersten Phase

#### der Genfer Abrüstungskonferenz

Am 23. Juli hat sich die Allgemeine Abrüstungskonferenz vertagt. Ein bestimmter Termin für den Wiedervereinheitlich ist nicht festgesetzt worden. Es wurde bestimmt, daß das Büro der Konferenz, das aus den Vertretern von 14 Staaten besteht, am 21. September zur Behandlung gewisser Fragen zusammentreten und je nach dem Fortgang seiner Arbeiten die Einberufung der Generalkommission der Konferenz, die praktisch mit der Konferenz selbst identisch ist, beschließen soll. Der Termin für die Einberufung der Generalkommission soll nicht später als vier Monate nach dem Zusammentritt des Büros, d. h. also nicht nach dem 21. Januar 1933, liegen. Das ergibt demnach eine Konferenzpause von genau einem halben Jahre, nachdem die Konferenz etwa ebenfalls, nämlich vom 2. Februar bis zum 25. Juli d. J., mit je einer kurzen Ober- und Pfingstpause bestimmen war. Die Pause ist reichlich lang bemessen, und

hoffentlich wird man während derselben nicht daselbst Schauspiel erleben, das zwischen der Festsetzung des Termins des Beginnes der Konferenz und dem Beginn selbst zu beobachten war. Damals wurden von gewissen Regierungen hinter den Kulissen viele Drohungen ausgesprochen, die Proben der Konferenz daran zu verhindern, sich aufzumachen. Die Freude dieser Regierungen an der Abrüstungskonferenz ist inzwischen schwerlich viel größer geworden. Hoffen wir, daß wir trotzdem keine Besorgnisse wegen des rechtzeitigen Wiedervereinheitlichens der Konferenz zu hegen brauchen!

Welches sind die Ergebnisse der ersten sechs Monate langen Phase der Allgemeinen Abrüstungskonferenz, und wie sind sie zu bewerten? Man muß es mit aller Deutlichkeit aussprechen: Die Ergebnisse der Konferenz sind, gemessen an dem langen Zeitraum ihrer Dauer und dem gewaltigen Aufwand eines nach vielen Hunderten zählenden Personals an Politikern, Diplomaten und Sachverständigen, bescheiden, ja beunruhigend gering. In der letzten Sitzung der Konferenz wurde eine Schlußresolution mit 41 Stimmen für, 2 gegen und 7 Enthaltungen angenommen, in der eine Bilanz

der Konferenzergebnisse gezogen wird. Am den Wortlaut dieser Resolution ist wochenlang verhandelt worden. Diese Verhandlungen haben eigentlich die ganze Zeit zwischen dem Ende der kaiserlichen Konferenz und dem 25. Juli in Anspruch genommen. Der Sinn dieser Resolution, am deren Formulierung sich in erster Linie die Franzosen und Engländer und natürlich der Berichterstatter der Generalkommission, der in Formulierungen die gewandte tschechoslowakische Außenminister Beneš, bemühten, war der, der Welt glauben zu machen, es seien wirkliche Ergebnisse erzielt. Wesentlich gibt es in vielen Ländern, besonders auch in England und Amerika, eine starke Bewegung innerhalb der öffentlichen Meinung zugunsten durchgreifender Abrüstungsmaßnahmen. Wer das Journal der Abrüstungskonferenz, eine durch das Völkerbundssekretariat herausgegebene, meist täglich erscheinende Veröffentlichung regelmäßig las, war immer wieder erstaunt zu sehen, welche große Zahl von Petitionen, Kundgebungen und Briefen aus den verschiedensten Kreisen zahlreicher Länder an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz zugunsten wirklicher Abrüstung gerichtet wurden. Sie sind regelmäßig als Anhang des Konferenzjournals abgedruckt worden und geben interessante Einblicke in die Entwicklung der Weltmeinung hinsichtlich des Abrüstungsproblems. Die nun, wenn die Abrüstungskonferenz auseinanderging, ohne daß „Ergebnisse“ vorlagen, mit sich führendem Mißfolge, so daß das flagranteste Mißverhältnis zwischen Aufwand und Erfolg, zwischen Tätigkeit und Leistung, zwischen Profaulogie und Handlungen in voller Wahrheit sichtbar wurde? Könnte man mit solchen „Ergebnissen“ nach Hause gehen, ohne sich für Dummellen und schwacher Kritik nicht wenig in der öffentlichen Meinung, sondern war für Mißtrauer noch unangenehmer ist, in den Parlamenten auszusprechen? Da müßte etwas geschehen. Mit der Gewandtheit und List, die in Genf entwickelt sind, um die nürdliche Welt der Realitäten mit einem glühenden Mantel von Menschheitsprofaulogie und hoffnungslosen Hinweisen auf edle Ziele, die in der Zukunft liegen, zu überdecken, wollte man in einer prächtig aufgeputzten Resolution möglichst viel Erfolg und scheinbare Taten aus allen Ecken des weltläufigen Konferenzabzinsens zusammenkommen, um sich vor der Kritik entäußerter Hoffnungen, vor dem Mißtrauer zu schützen, die mit Besorgnis an dem Fortwortsgefühl den Kauf der Ergebnisse in Genf verfolgt hatten.

So wurde denn der Welt ein großes Ergebnis u. a. verkündigt, daß der chemische und elektrische Krieg künftig als einziger stärkster verboten sei. Zur Sache, daß es schon seit 1921 ein Protokoll ist, in dem dieselbe Verpflichtung festgelegt ist. Die Abrüstungskonferenz hat am 22. April eine Resolution beschlossen, in der das Prinzip der sogenannten qualitativen Abrüstung, d. h. der Verringerung der eigentlichen Angriffswaffen, festgelegt wurde. Leider ist es in vielwichtigen, mit einem riesigen Aufwand von Sachverständigen aller Waffengattungen geführten Verhandlungen nicht gelungen, sich darüber zu einigen, welches denn nun die eigentlichen Angriffswaffen seien. Die selbstverständliche und einzig mögliche Argumentation, daß diese Waffen identisch seien mit denen, die Deutschland im Versailles Vertrag verboten worden sind, wurde von denen, die dieselben Waffen in der Nachkriegszeit bei sich aufs gewalttätige entwickelt und vermehrt haben, abgelehnt. Trotzdem wurde in die erwähnte Schlüsselresolution ein Passus eingefügt, der besagt, daß die schwere Artillerie über einem bestimmten Kaliber und die Tanks über einem gewissen Gewicht verboten werden sollten. Nur dergestalt war die Hauptfrage, nämlich die Kalibergrenze, über der die schweren Geschosse verboten, und das Höchstgewicht der Tanks, die erlaubt bleiben sollen, anzugehen. Der Führer der deutschen Delegation, Reichsminister Adolphi, bemerkte in seiner Schlussrede mit Recht, daß man nach den Erfahrungen, die man bei den Debatten der Kankonmission über die Bestimmung der Angriffswaffen hinsichtlich der Tanks und schweren Geschosse gemacht habe, leider berücksichtigen müsse, daß diese oberen Grenzen für Tanks und Geschosse von gewissen Staaten so festgesetzt werden würden, daß so ziemlich alle vorhandenen schweren Geschosse und Tanks von der Abrüstung ausgeschlossen blieben! Da ist weiter in der Schlüsselresolution eine Stelle, in der es heißt, daß künftig der Abwurf von Bomben verboten sei. Selbst versteht es sich nicht, ob etwa die Bombenflugzeuge nun abgeschafft alle Dörferstädte an der Fronten als Krieg verboten und jegliche Ausbildung militärischen Personals im Bombenbrenn ausgeschlossen sein sollte. Nur dies wäre eine wirkliche Abrüstungsmaßnahme. Denn glaubt ernstlich jemand, daß die Tausende von Bombenflugzeugen, die es heute auf der Welt gibt, im Kriegsfalle nur zum Abwurf friedlicher Proklamationen verwendet würden? Wenn dem Verbot, aus dem Papier nicht die Befestigung der Kriegsmittel, d. h. also die Zerforschung aller Bombenflugzeuge, Bomben und alles, was damit zusammenhängt, folgt, so ist hinsichtlich der Abrüstung nichts geschehen. Deutschland, ebenfalls ist nicht nur das Abwerfen von Bomben, sondern auch der Besitz von Bombenflugzeugen, ja der ganzen Militärfliegerlei verboten. Abrüsten heißt die Rüstungen vermindern und beschränken. So jedenfalls verstand man es, als die Bestimmungen der Friedensdikta über die Entwaffnung der Besiegten aufgestellt wurden.

Die entwaffneten Staaten befragen und müssen darauf beharren, das, was 1919 richtig war, 1932 auch in Genf noch denselben Sinn hat.

Das ergab sich aus allem für die deutsche Delegation auf der Abrüstungskonferenz? Ganz natürlich die Ablehnung einer solchen Resolution, die Ablehnung des Verfalls, über den Mißerfolg von jeder weiteren Verhandlung hinwegzusetzen. Aber noch etwas anderes, was notwendig und unumgänglich war. Die deutsche Abrüstung ist nach dem Wortlaut des Versailles Vertrages als die Einleitung zur allgemeinen Abrüstung angelegt worden, als deutsche Vorleistung auf dieselbe. Die allgemeine Abrüstungskonferenz, die die Gegenseitigung der anderen Völker, die Erfüllung des in dem Versailles Vertrag ausgefallenen Wechsels darauf zum Zuge bringen sollte, mußte von den Abrüstungsmethoden des Versailles Vertrages ausgeben. So verlangten es Verpflichtung, folgt und Gerechtigkeit. Die deutsche Delegation hat dies immer wieder in der Vorderrang gestellt. Solange nur diskutiert und keine Beschlüsse gefaßt, solange hinsichtlich des Systems und der Methoden der allgemeinen Abrüstung keine Festlegungen getroffen wurden, konnte sich die deutsche Delegation damit begnügen, immer wieder die deutsche Abrüstung als Vorbild und Mußer vorzulegen, immer wieder die Arbeiten der Konferenz nach dem Versailles Vertrag hin zu orientieren. Wenn jedoch zu Beschlüssen und Festlegungen geschritten wurde, wenn, wie dies die Schlüsselresolution tun sollte, sojuzigen der Rahmen für eine zukünftige Abrüstungskonvention gezeichnet und gewisse Grundzüge für sie aufgestellt wurden, da sich von den Grundzügen und Abrüstungen nach denen die deutsche Abrüstung durchgeführt worden ist, wesentlich unterscheiden, die mit anderen Worten eine Abrüstung sehr viel weniger durchgreifenden Charakters, eine mit weniger Verboten und Beschränkungen versehen wollte, dann stellte sich für Deutschland ganz von selbst die Frage der Gleichberechtigung. Was wird aus dem Teil V des Versailles Vertrages? Was wird aus den zahlreichen Verboten und Einschränkungen, denen die deutsche Kankonserteildigung unterworfen ist, wenn ein für die ganze Welt gültiges Abrüstungsabkommen beschlossen wird, das hinter der deutschen Abrüstung sehr weit zurückbleibt? Soll dem Deutschen weiter ein einseitiges Ausnahmerecht stehen? Sollen für Deutschland Verbote gelten, von denen die anderen frei sind? Sollen die anderen jene Mittel der Kankonserteildigung, die Deutschland bisher nicht besitzen darf, haben dürfen? Diese Fragen bejahten, hieß auf die Gleichberechtigung Deutschlands verzichten, hieß Selbstentnennung und Selbstaufgabe! Das deutsche Volk hat dreizehn Jahre lang die Last der Abrüstung allein getragen. Es hat verzweifelt in der Hoffnung, die Leistung der anderen werde folgen. Die Schlüsselresolution der Abrüstungskonferenz bekennt, daß die ersten Schritte der Abrüstungskonferenz in diesem Ausmaß auf einen bestrebenden Gegenseitigung eröffnet haben. Es war deshalb befriedigend, daß die deutsche Delegation nicht nur die Schlüsselresolution ablehnte, obwohl sie vorher kräftig unter Druck gesetzt wurde, um von ihr wenigstens eine Stimmhaltung zu erzielen. Die deutsche Delegation mühte mehr tun: Sie mühte mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß die Gleichberechtigungfrage nunmehr akut sei, daß nun, wo die anderen sich weigerten, auf den Boden des Versailles Abrüstungssystems zu treten, die Festsitzung dieses Systems für Deutschland und sein Ersatz durch jenes System einwandfrei hergestellt werden müßte, daß die allgemeine Abrüstungskonferenz für alle Völker ausarbeiten soll. Die deutsche Delegation hat weiter in einer ausdrücklichen als Erklärung der deutschen Regierung bescheidenen Formulierung ihre Teilnahme an der zweiten Phase der Abrüstungskonferenz davon abhängig gemacht, ob es in der Zwischenzeit gelingen wird, mit jenen Staaten, die bisher der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung sich widerweherten (in erster Linie Frankreich), zu einer Einigung zu gelangen. Diese energische Haltung der deutschen Delegation hat bei denen, die bisher die politischen Zustände der einseitigen deutschen Abrüstung gemessen sind, natürlich Mißfallen erregt, es hat man sogar erschreckt. Hoffentlich ist es ein heilbarer Schrecken! Hoffentlich wird es nun allen Beteiligten klar werden, daß der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung, auf gleiches Recht in der Vehrfrage und auf gleiche Sicherheit bejaht werden muß, wenn man Deutschland wieder am Tisch der Gener Abrüstungskonferenz setzen will. Die Frage der deutschen Gleichberechtigung hinsichtlich der Kankonserteildigung ist unweifelhaft die entscheidende der deutschen Friedensfragen. Sie berührt die materielle und die ideale Seite des nationalen Daseins gleich tief und gleich entscheidend. Wer sie erkennen will, muß sich der Folgen bewußt sein, die sich daraus ergeben müssen.

Dr. K. S t u w e n b e r g a n n a r n

## Die rumänischen Wahlen

Die Stellung der Regierung Jorgas war schon seit längerer Zeit erschüttert. Aber der Streit der Parteien um seine Erbschaft vergrößerte immer wieder seinen Mißtrauer. Jedoch die Unzulänglichkeit der Regierung, die wachsenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu meistern, bestimmte schließlich den König, die

Regierung zum Rücktritt zu veranlassen. Dem König schwebte schon lange eine Regierung der nationalen Konzentration vor, weil er sich nur von einer solchen wirkliche Rettung des Landes erhoffte. Doch alle seine Bemühungen in dieser Richtung scheiterten an der Eiferucht und Inaktivität der Parteien. Schließlich blieb ihm nur die Wahl übrig, einer der beiden stärksten Parteien des Landes, den Liberalen oder den Nationalarjanen, die Regierung zu übertragen. Wenn man bedenkt, daß der König sich noch immer nicht mit der liberalen Partei, die ihn seinerzeit scharf befehligt hatte, ausgesöhnt hat, ist es verständlich, daß seine Wahl auf die Nationalarjanen fiel.

In Rumänien hat es ganz selten Koalitionsregierungen gegeben, und sie waren immer äußerst schwach. Deshalb ist es eigentlich üblich, daß jede Regierung in Rumänien auch über eine geflossene starke parlamentarische Mehrheit verfügt. So hat denn auch der neue rumänische Ministerpräsident, Dr. Duda-Doidow, sofort nach seiner Betrauung das Parlament aufgelöst und neue Wahlen ausgeschrieben, um sich die parlamentarische Mehrheit zu sichern.

Die Wahlen zur Kammer haben am 17., die zum Senat am 20. dieses Monats stattgefunden und haben, wie allgemein erwartet wurde, eine große Mehrheit für die Regierung ergeben. Von insgesamt 307 Mandatsplätzen entfielen auf die Regierungspartei 177 Mandate, die (alt)liberale Partei unter Duda 28, auf die Diffidenten-Liberalen (Georg Bratianu) 15, die Bauernpartei unter Cupa 12, auf die antimilitärische Liga (Cupa) 11, die ungarische Partei 14, die jüdische und andere Parteien 4 bis 5 Mandate. Die Senatswahlen haben für die Regierung ein gleich günstiges Ergebnis gehabt.

Die große Mehrheit der Regierung erscheint auf den ersten Blick sicherlich verächtlich. Man denkt unwillkürlich an die Wahlmethoden des Balkans. Und doch können diese Wahlen ohne Übertreibung als ein beispielhaftes Beispiel gegen den Fehler von letzten der Regierung ist nicht angewendet worden; ja, man sagt, die Regierung habe in einigen Wahlbezirken sogar selbst die oppositionellen Kandidaten unterstützt, weil sie sich vor einer zu großen Mehrheit gefürchtet habe. Die Mehrheit klärt sich aber auf natürliche Weise dadurch auf, daß jede Regierung in Rumänien eine sehr große Anziehungskraft hat, besonders aber die jetzige, die über eine starke Anhängerhaft verfügt. Ausschlaggebend ist die Eigentümlichkeit des Wahlgesetzes, daß eine Partei, die 40 v. H. der Stimmen auf sich vereint, noch eine hohe Prämie bekommt, so daß sie dann also noch starker über eine Zweidrittelmehrheit verfügt. Diese Schlimmung des Gesetzes, das übrigens von den Liberalen geschaffen worden ist, hat zweifellos dem Zweck, die Autorität der Regierung zu stärken.

Das Wahlergebnis hat die nationalarjanische Partei in dem Besitz der Regierungsgewalt bestätigt. Es sieht aber noch nicht fest, ob Dr. Duda als weiter Chef der Regierung bleiben wird oder ob er nicht, wozu er große Neigung besitzen soll, einem anderen Parteigenossen die Macht übergibt. Es wird auch wieder von einem Versuch, eine Koalitionsregierung zu bilden, gesprochen. Der aber auch immer die Gefühle Rumäniens leiten wird, er wird angesichts der verzweifeltsten Wirtschaftslage vor einer schweren, fast unlöslichen Aufgabe stehen. An außenpolitischer Hinsicht wird das Wahlergebnis und eine etwaige Umbildung der Regierung keine Änderung bringen. Es wäre aber sehr zu wünschen, daß die zukünftige Regierung die unterbrochenen Arbeiten des früheren nationalarjanischen Kabinetts zwecks grundsätzlicher Regelung der Minderheitenfrage bald wieder aufnehmen und zu Ende führen würde.

Die Deutschen Rumäniens hatten, wie schon oft vorher, mit der Regierungspartei ein Wahlbündnis abgeschlossen, das nur technisch und nicht mit inneren politischen Bindungen verknüpft ist. Sie haben aber infolge der traditionellen Disziplin einen schönen Erfolg zu verzeichnen.

### Das Absinken der Polen in Oberschlesien

In der Tagespresse und in Zeitschriften erscheinen immer wieder Veröffentlichungen, die bejagt auf ein Umsichgreifen der polnischen Bewegung in den Grenzgebieten hinweisen. Ganz besonders wird in diesen Veröffentlichungen die Sorge ausgedrückt, daß die Preussische Minderheitensulderordnung förderlich für das Wachstum der polnischen Bewegung werden könnte. Es wird befürchtet, daß die Lehrer, die an den polnischen Minderheitenschulen unterrichten, im wachsenden Umfange in der Grenzbevölkerung Agitation treiben, und daß durch die Einrichtung der Schulen überhaupt neue Mittelpunkte der polnischen Lebens geschaffen werden, die sich für die Zukunft als eine dem Deutschen höchst abträgliche Erscheinung offenbaren müssen.

Diese Befürchtung sind gewiß verständlich. Sie sind im Einzelnen sogar berechtigt, weil es die Schüler der polnischen Minderheit nicht immer verstanden haben, die ihnen durch die Preussische Regierung gewährten Rechte mit der erforderlichen Loyalität und dem notwendigen Tatgefühl in Anspruch zu nehmen. Aber solchen dauerlichen Einzelheiten darf aber doch die Betrachtung des

Ganzen nicht hintangeführt werden. Eine solche Betrachtung der polnischen Bewegung in den Grenzgebieten in ihrer Gesamtheit führt aber zu Ergebnissen, die dazun, daß von einem Vordringen des Polentums auch nicht im entferntesten die Rede sein kann. Im Gegenteil kann die Feststellung getroffen werden, daß die Inhaberganzzahl der polnischen Minderheit in den Jahren der Nachkriegszeit unauffällig zurückgegangen ist.

Das zur Beurteilung und zur Feststellung dieser Erscheinung zur Verfügung stehende Material gewinnt man aus einer vergleichsweise Darstellung der Wahlergebnisse in den Grenzgebieten. Den interessantesten Details gibt hierbei die Provinz Oberschlesien, in der noch die bei der Abzählung vom Jahre 1921 gegebenen Zahlen zur Verfügung stehen. Im folgenden sei deswegen eine Tabelle der einzelnen Kreise mit den vergleichenden Zahlen gebracht, wie sie sich seit der Abzählung im Jahre 1921 über die preussischen Landtagswahlen von 1924, 1928 und 1932 hin gehalten haben. Leider konnte dieser Tabelle noch kein amtliches Material zugrunde gelegt werden, weil eine amtliche Auseinanderrechnung der durch die Grenzziehung zerrissenen Kreise auf die erforderlichen Vergleichszahlen hin noch nicht vorliegt. Wohl aber ist von polnischer Seite, also von einer nach dieser Richtung hin sehr zu unglücklich rechnenden Seite, eine solche Auseinanderrechnung auf die bei Preußen verbliebenen Teile für die Ergebnisse im Jahre 1921 vorgenommen worden, und zwar in dem Kurier „Polnjanik“ vom 1. Mai 1932. Legt man der nachfolgenden Spalte für das Jahr 1921 diese Rechnung zugrunde, so ergibt sich damit nun die nachstehende Tabelle:

Polnische Stimmen	Volksabstimmung 20. 8. 1921	preuß. Landtagswahlen		
		1924	1928	1932
im Kreise Oppeln einchl. Stadt . . . . .	26 100	11 468	7 911	6 369
„ „ Gleiwitz einchl. Stadt . . . . .	33 600	4 450	3 927	3 544
„ „ Groß-Strehlitz . . . . .	23 000	5 854	5 024	4 407
„ „ Rothenberg . . . . .	11 000	2 250	2 300	1 664
„ „ Ratibor (in Deutschland verbl. Teil) einchl. Stadt . . . . .	13 200	4 341	3 233	2 197
„ „ Kofel . . . . .	12 000	2 287	1 618	1 405
„ „ Guttentag . . . . .	3 600	652	781	680
„ „ Neuhäsel . . . . .	4 000	1 263	1 114	743
„ „ Kreuzburg . . . . .	1 650	214	182	81
„ „ Hünzburg einchl. Tarnowitz . . . . .	96 000	4 372	3 109	2 486
„ „ Beuthen-Land . . . . .	19 000	2 629	3 499*	2 785
in der Stadt Beuthen . . . . .	10 000	778	1 559	1 297
in polnischen Wahlkreisen insgesamt . . . . .	193 150	41 253	34 207	27 558

Diese Zahlenaufstellung zeigt, welche rasche Rückwärtsentwicklung das Polentum in der Provinz Oberschlesien genommen hat. Etwa 195 000 polnische Stimmen im Oppelner Schlesien im Jahre 1921 stehen elf Jahre später nur noch etwa 28 000, also ein Siebentel der ursprünglichen Stimmenzahl gegenüber. Stellt man selbst in Rechnung, daß eine Anzahl Polen nach der Grenzziehung in den polnischen gemauerten Teil von Oberschlesien ausgewandert sind, so dürfte diese Zahl doch nicht größer als mit 3000 angenommen werden. Die oben angegebene polnische Zeitung weiß selbst darauf hin, daß ungedrehtes das natürliche Zuwachses an Stimmberechtigten in den letzten Jahren 160 000 Oberchlesier im wahlberechtigten Alter, die bei der Volksabstimmung für Polen notiert haben, bei den letzten preussischen Landtagswahlen ihre Stimmen dem deutschen Lager zugewandt haben müssen. Diese Entwicklung ist eingetreten, insbesondere der Tatsache, daß gerade in Oberschlesien die meisten polnischen Schulen zugelassen worden sind. h. W.

### Vor 400 Jahren Carolina

Dies ist ein bedeutamer Gedenktag der deutschen Kulturgeschichte: Am letzten Julitage 1532 wurde auf dem Reichstag zu Regensburg „Des allerberühmtesten, großmüchtigen, unüberwindlichen Keyser Karls V. und des heyligen Römischen Reiches Feinlich Gerichtsordnung“ (kurz „Carolina“ genannt) zum Gesetz erhoben. Es war die allererste reichsgesetzliche Zusammenfassung des deutschen Strafrechts, das bis dahin aus einem Durck- und teilweisem auch Divergenzen der verschiedenen nach Stämmen und Landschaften geschehenen Rechtsbräuche bestand. So hatten denn die Klingen über die Unklarheit des Rechts den Anlaß zu

\* Kreis Beuthen-Tarnowitz.

der Kodifikation gegeben, weil „im Römischen Reich teuflicher Nation, allein Gebrauch und herkommen nach, die meysten nicht gericht mit personen, die unsrer keyserlich Recht nit gelernt, erfahren oder Übung haben, befehrt werden und an vielen orten offter mals wider recht und gute vernunft gehandelt worden“. Leider blieb infolge des Wüßperns der Fürsten und Landesherren auch die Carolina ein Kompromiß. Ihre Plänen hätten nur, soweit „die alten, wolerbachten, redemeyßen und billigen gebrauch“ der einzelnen Landesrechte nicht ausreichten. Trotsdem aber ist die Carolina deren Geltungsdauer bis ins 18. Jahrhundert hindurch, in ihrer praktischen Wirksamkeit eine der bedeutungsvollsten Kulturdaten der deutschen Rechtsgeschichte. Ihre knappe und für die damalige Zeit besonders klare Sprache, ihre an den Lehren der großen italienischen Juristen des 13. und 14. Jahrhunderts gesuchte Systematik hat sie gewissermaßen zur Grundlage der deutschen Strafrechtswissenschaft gemacht. Hier werden zum erstenmal klar und deutlich die uns noch heute geläufigen allgemeinen Begriffe des strafrechtlichen Verfalls, der Notwehr, der Selbsttötung usw. angesetzt. Die Stoffanordnung ist von vorbildlicher Übersichtlichkeit. Und es ist in der Haupt- sache um eine Regelung des Strafrechts handelte — das eigentliche Strafrecht nimmt nur etwa ein Drittel des Umfangs ein — so ist uns dieses Gesetzbuch ein getreuer Kulturpiegel des öffentlichen Lebens im ausgehenden Mittelalter, eine Fundgrube interessanter Einzelheiten. An der Wende zur Neuzeit entstanden, ist die Carolina eine kuriose Mischung aus modernen, fortschrittlichen Ideen oder wenigstens Ansätzen dazu und mittelalterlichen Gebräuchen. So werden z. B. schon beim Diebstahl an gemieteten

Dingen und Stätten, der an sich besonders schwer zu bestrafen war, „hungers not, jugent und torheit“ als Strafmilderungsgründe berücksichtigt. So gerab sich der Gefeßgeber den Kopf zerbrechen, ob ein Mann auch einem Weibe gegenüber in Notwehr handeln kann, und kam zu dem Schluß, es sei noch möglich, daß „eyn graumfamb weyb eyner werden man zu einer notweibe bringen solt“. So wird zwar für den Selbstmord eines Missetäters, der sich dadurch der Strafe entzogen hat, der Erbe durch Einziehung des Erbes bestraft, aber eine Ausnahme vorgesehen, wenn jemand „aus frand- beyden des leibs, melancolie, abredlichkeit yerner firtt oder dergleichen bildigkheyt“ sich selbst tötet. Ins finstere Mittelalter geraten wir jedoch bei dem Art. 109 „Straff der zauberey“, der den Feuerort jedem androht, den „den leuten durch zauberey schaden oder nachtheyl zufugt“. Hieraus hat sich noch mancher berüchtigte Gegenprozess ereignet. Auch das weiteste Anwendungsgebiet der Todesstrafe und die geradezu fabelhafte Erfindungsumfang vielfältiger Hinrichtungsarten und Quälereien macht die Carolina zu einem Dokument des Mittelalters. Für Mann und Frau gibt es oft verschiedene Todesformen bei gleicher Tat. So wurde der Häftling zum Tode durch La gerichtet, die Giftmörderin aber ertränkt. Schlägen zur Richtflut „durch unvernünftige thier“ oder Reigen mit glühenden Zangen waren als Zusatzstrafen vorgesehen. Zungen, Ohren und Finger wurden abgeschnitten. So ist die Carolina in allem das echte Produkt einer Übergangszeit. Ihre Vermählung um fortschrittliches Denken sollte aber über dem Hatten an alten, damals noch nicht genügend überlebten Bräuchen nicht vergessen werden.

C. f. W. 23 ff.

## Blick in die Bücher

### Deutsche Ostprobleme

Ostpreußen, Danzig und der polnische Korridor als Verkehrsproblem. Von Prof. Dr. Albert von Mühlensfeld. 61 S. Im Oheuropa-Verlag, Berlin W 55 und Königsberg 1. Pr.

Diese Schrift, die aus einem Vortrag des Verfassers herorgegangen ist, gibt eine vortreffliche Übersicht über die Verkehrsfragen des Ostens. Die vier Kapitel behandeln: Das Osthandelsproblem, das Ostpreußische Produktions- und Absatzproblem, das Danziger Problem und das Korridorproblem. Mit Recht wird von dem Verfasser darauf aufmerksam gemacht, daß die Probleme des deutschen Nordostens nicht nur rein wirtschaftlich, sondern in hohem Grade auch nationalpolitischer Natur seien.

In der Hand reichen statistischen Materials wird im ersten Kapitel die schwierige Lage Königsberg geschildert. Der dem Weltkrieg war Königsberg, wie Graf Witte einmal sagte, neben Petersburg, Neapel, Liza und Libau Anflugs fünfster Ostseebasen. Es wurden für Rußland vor dem Kriege über 400 000 t Beringe über Königsberg verschifft. Und aus der Ukraine kamen dafür Füllenerträge (400 000 t), aus Rußland Holz, Zellstoff, Glanz, Hanf und Heide über Königsberg zum Versand. Mit Recht konnte man damals sagen, daß dieser Massenverkehr mit Ostpreußen das Rückgrat des Königsberger Handels bildete.

Die Strukturwandlung und Schrumpfung des russischen Handels seit der Herrschaft der Bolschewisten und die systematische Verschärfung des polnischen Handels von Königsberg nach Danzig und neuerdings nach Gdingen bringen Königsberg schwere Verluste bei. Wie groß diese Verschärfung ist, zeigt die folgende Gegenüberstellung des Verfassers. Danzig hatte 1913 einen Güterumschlag von 1,7 Millionen Ct., 1928 betrug er für Danzig zusammen mit dem inzwischen erbaute Gdingen 10,5 Mill. Ct., während der Königsberger Handel in diesem Zeitraum nur 1,7 auf 1,6 Mill. Ct. zurückging.

Nicht weniger lehrreich sind die nächsten Kapitel, in denen die Erschwerung der ostpreußischen Produktion und des Absatzes aufgezeigt werden. Der Verlust der nahen Märkte, Westpreußen und Polen, führt bei ostpreußischen Produkten zu schweren Schäden zu. Der Versand von ostpreußischen Großwaren nach den beiden genannten Märkten betrug 1913 83 885 Stüd. Er ging im Jahre 1928 auf 142 Stüd zurück.

Trotzdem Danzig mengenmäßig seinen Ein- und Export steigern konnte, ist seine Wirtschafts- und Handelslage dennoch wenig glänzend. Danzig wird nicht nur in den letzten Jahren von Polen offensichtlich gegenüber Gdingen benachteiligt, sondern auch das Anwachen der Danziger Einfuhr und Ausfuhr geht auf die wenig vorteilhafte Verschiffung von Kohlestoffen zurück. Besonders bei dem Kohlenexport sind die Danziger Firmen so gut wie nicht beteiligt, da dieser von den ober-schlesischen Kohlenbergern selbst getätigt wird.

Im letzten Kapitel, Korridorproblem, wird von dem Verfasser der zahlenmäßige Beweis erbracht, daß Polen systematisch an einer Verlagerung des Selbstverkehrs von Ost nach West in die gleiche Richtung des Wegs nach Nord arbeitet, um damit die vermeintliche Notwendigkeit des eigenen Zugangs zum Meere zu beweisen.

Unter dieser Tendenz leidet naturgemäß der deutsche Durchgangsverkehr von Ost nach West und umgekehrt.

Ostpreußens geschichtliche Sendung. Von Prof. Dr. Wilhelm Stojze. 28 S. Langenlohn, Hermann Beyer & Söhne. 1931.

In zwei knappen Vorträgen wird dem Leser die Geschichte und Entwicklung Ostpreußens dargestellt. Im ersten dieser Kapitel wird vor allem die große Leistung des deutschen Ordens für die Gewinnung dieser welt nach Osten vorzugeschobenen Region geschildert; im zweiten wird das Einzelwachen Ostpreußens in den Preussischen Staat dargestellt. Etreilicherweise wird von dem Verfasser trotz des beschränkten Raumes nicht nur die politische, sondern auch die kulturelle Leistung erwähnt. Die Schrift ist durch eine erste Einführung in das Thema Ostpreußen.

Die Not Ostpreußens. Von Freiherrn von Garyl. 36 S. Wilhelm Gröndler, Buch- und Kunstverlag, Berlin SW 68.

Garyl's kleine Schrift führt in die Gegenwart hinein. Ostpreußens Not in wirtschaftlicher, kultureller und seelischer Verbindung geschildert, wobei viel interessantes Material über die Zustände Ostpreußens zur Sprache kommt. Wie schwer Ostpreußen unter der Abschürfung zum Reich zu leiden hat, erhellt schon aus der einen vom Verfasser angeführten Zahl, daß nämlich Ostpreußen 94 bis 99 v. H. seines Handelsverkehrs nach Polen und Westpreußen verloren hat. Infolge des Verlustes dieser nahen Märkte muß Ostpreußen jetzt jährlich 14 bis 15 Mill. RM. mehr an Frachten aufbringen. Die augenblicklich so aktuelle Frage der Seelung wird in dieser trefflichen Schrift nur kurz gestreift. Die Aufgabe Deutschlands, Ostpreußen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell zu helfen, ist betont dargestellt. Diese kulturelle Stützung ist für Ostpreußen doppelt notwendig, um seiner Bevölkerung die seelische Widerstandskraft zu erhalten.

Bericht der Ostpreußischen Landwirtschaft für 1930. 79 S. Ostpreußische Bruderei und Verlag-Anstalt, Königsberg. 1931.

Dieser Jahresbericht kam mittelen, daß im Jahre 1930 1111 Kontingente mit einer Fläche von 12 712,99 ha errichtet seien. Das ist nicht nur das Maximum, das diese Gesellschaft erreicht hat, sondern es stellt einen Rekord — wenn man diesen sportlichen Ausdruck gebraucht darf — für eine Provinz in Preußen dar. Es wurden durch diese Seelungen 44 Dörfer neu geschaffen. Man darf nur hoffen, daß in den nächsten Jahren noch eine verstärkte Tätigkeit in Seelungsarbeiten einsetzt wird, denn noch immer gehört Ostpreußen zu den dünn besiedeltesten Provinzen des Reichs. Etreilich ist die Feststellung des Berichts, daß die Lage der Seelung noch als verhältnismäßig befriedigend angesehen werden kann. In den letzten Jahren nur sechs angemeldet worden, die 1,009 v. H. der bisher von der Landgesellschaft geschaffenen Bauernhöfe.

**Bericht der Ostpreussischen Landgesellschaft für 1951.** 48 S. Ostpreussische Druckerei und Verlagsanstalt L.-G. Königsberg 1952.

Stelle der Bericht der Ostpreussischen Landgesellschaft von 1950 einen Höhepunkt der Siedlungsstätigkeit dar, so berichtet der vom Jahre 1951 von einem Rückschlag. Es konnten nur 636 Neuzusiedler angeleitet werden. Zudem hat sich im Zusammenhang mit der steigenden Unrentabilität der Landwirtschaft auch die wirtschaftliche Lage der Siedler verschlechtert, so daß Reich und Preußen im Frühjahr 1952 Rentenerhöhung für ein halbes Jahr auszusprechen mußten. Der Bericht, der, wie erwähnt, sei, u. a. von Großhauern von Gartz, einem der führenden Männer der Ostpreussischen Siedlung unterteilt sei, kommt zum Schluß auf die Frage der Siedlungs-möglichkeiten in Ostpreußen zu sprechen. Der Bericht führt dabei aus, daß diese entgegen vielfach gemachten Angaben anderer Stellen durchaus beschränkt sind. Die seit 1919 in Ostpreußen insgesamt geschaffen 10 205 Neuzusiedlerstellen haben einen erheblichen Teil der siedlungsfähigen Fläche des ostpreussischen Großbetriebes beansprucht. Da auch bereits 43 v. H. des Landbesitzesverfalls von Ostpreußen zu Siedlungszielen erfüllt sind, ergibt sich, daß hier Neuzusiedlerstellen nicht mehr in unbegrenzter Zahl ausgesetzt werden können. Der frühere Ernährungsminder-Schlage-Schönungen wollte bekanntlich dem Siedlungsbedarf Ostpreußens noch diejenigen Güter (rund 2 Millionen Morgen) zuführen, die so hoch verschuldet sind, daß sie keine Rentabilität mehr abwerfen. Dadurch wird in Ostpreußen für eine weitere Bauernsiedlung (30 000 Bauernstellen) Platz geschaffen.

**Ostpreußen. Grieben.** Grenzlandführer für die wandernde Jugend. 134 S. Grieben-Verlag, Albert Goldschmidt, Berlin W. 55.

Dieser Band der bekannten Reiseführer ist besonders für die Jugend bestimmt. Er enthält in seinem zweiten Teil eine Reihe von Routen für Wanderungen zu Lande und fahret zu Wasser, mit vielen guten Ratsschlägen und Hinweisen. Im ersten Teil werden Land und Leute, ostpreussische Kunst und Wesen anschaulich geschildert. Zahlreiche kleine Abbildungen erleben den Führer, der mit einer guten Karte versehen ist. Man kann dieses Büchlein nur in die Hand vieler Schüler wünschen, damit sie schon frühzeitig das faszinierende Kapitel neuzusiedler Geschichte kennenlernen. „Übersee-tolonia Ostpreußen“.

**Weichseltorriebe und Ostoberflächen.** Der weltwirtschaftliche Zusammenhang der Ostoberflächen. Von dem Verfasser Werner. 31 S. Verlag M. u. H. Marcus, Breslau.

Die Broschüre von Werner geht zu dem Befehl, was über den Widerspruch der deutschen Ostgrenze geschrieben ist. Die These von der Notwendigkeit eines Zugangs Polens zum Meer wird in ihrer Stützbarkeit untersucht. Der Verfasser kommt dabei zu der feststellenden, daß erst die das Resultat der Volksabstimmung negierende Teilung Ostoberflächen Polens zu einem nennenswerten Exportland gemacht hat.

Zwei polnischen Quellen ist Ostoberflächen = 1 v. H. der Fläche Polens, = 4 v. H. der Einwohner Polens, = 85 v. H. des Ertrags Polens. — Bei diesem polnischen Export spielt aber die oberflächliche Kohle, die, solange dieses Gebiet zu Deutschland gehörte, im Inlande blieb und nicht auf den Weltmarkt geworfen wurde, die größte Rolle (4,9 Millionen Tonnen); der verbleibende Rest von 3,8 Millionen Tonnen ist sogar geringer, als der Warenverkehr des Deutschen Reichs mit Ostpreußen und retour, der 5,9 Millionen Tonnen ausmacht. Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1927. „Polen begründet“ — so schreibt Werner — „aber doch gerade den Anspruch auf den Korridor mit der Notwendigkeit des Exports. Dabei Export nach Ostpreußen, das ist die wirtschaftliche und ungetrennte Zuteilung von Bodenschätzen in Ostoberflächen.“ An Kohlenvorräten erhielt Polen 92,5 v. H., an Zinn- und Bleivorräten 65 v. H., obgleich bei der Abkündigung rund 60 v. H. der Einwohner für Deutschland und nur 40 v. H. für Polen gemittelt hatten.

Jeder, der sich für die deutschen Ostfragen interessiert, müßte diese sehr beachtenswerte Schrift gelesen haben.

**Berlin, Warschau, Danzig.** Der Konflikt der nächsten Zeit. Von Robert Courly. 170 S. Köln, Silber-Verlag G. m. b. H. 1929.

Der französische Schriftsteller Courly hat im „Soir“ eine Reihe von Aufsätzen über seine Reiseindrücke in Berlin, Warschau und Danzig veröffentlicht, die jetzt in deutscher Übersetzung gesammelt erschienen sind. Überaus lebendig sind die Berichte Courlys geschrieben. Er besitzt die richtige Selbstdarstellung des Reporters, selbst alles zu sehen und selbst zu urteilen. Als Stichprobe sei die Schilderung seiner Ankunft in Danzig wiedergegeben. „Wie herrlich einheitlich ist der Eindruck, den diese Stadt erweckt! Es ist die alte ruhige deutsche Patrizierstadt, in der uns Überlieferung von allen Seiten anweht.“ Vor diesem guten Beobachter kann denn auch die

Grenzziehung an der Weichsel keine Gnade finden, die z. B. die Dämme, die die fruchtbarere, zu Deutschland gehörende Niederung bei Marienwerder schützen, in polnische Hand gibt. Courly fällt das scharfe Urteil: „Also der Erfolg dieser ‚kratzenhaken‘ Grenze? Ein ganzer Kandestell ist gelähmt in seinem Handel und Wandel, weil er nicht an seinen Verkehrsraum heran kommt und in seiner Entzogenheit durch die Verarmungslage des Landes! Sie finden die Kandestell rühmlich und auch die Menschen hier sind nicht eben vernünftig? Ja, wo soll wohl die Fröhlichkeit herkommen? — Wer sich für diese Fragen interessiert, der greife zu diesem Buch eines Franzosen, der über seine deutlichen und polnischen Eindrücke Flug zu plaudern versteht.“

**Strukturwandlungen des Danziger Außenhandels.** Von Kurt Peifer. 36 S. Verlag und Druck von A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig.

Unter Zugrundelegung zahlreichen statistischen Materials stellt der Verfasser die Strukturwandlungen des Danziger Außenhandels dar. Peifer zieht das Fazit seiner Ausführungen mit folgenden Worten: „Sägt man das Ergebnis der vorstehenden Ausführungen in aller Kürze zusammen, so ergibt sich, daß zwar der Danziger Güterumschlag in dem Vorjahr von 1924 bis 1928 mengemäßig einen starken Aufschwung erfahren hat, daß dieser zahlenmäßige Anstieg jedoch begleitet war von Strukturänderungen des Danziger Außenhandels, die in ihrem Endergebnis, um so weniger allseitig gewertet werden können, als sie eine Verschärfung des Schwerepunktes des Danziger Außenhandels vom Eigenhandel zum Kanfiterverkehr bedeuten.“

Eine englische Ausgabe dieser Schrift ist gleichfalls vorhanden.

**Polens Wirtschaftspolitik und Danzig.** Von Senator Dr. Ing. Althoff. 11 S. A. W. Kafemann, Danzig 1951.

Dieser Vortrag enthält, unterbewertet von statistischem Material, eine überaus schätzbare Schilderung der Notlage des Danziger Handels, der unter der Handelspolitik Polens um so mehr zu leiden hat, seitdem Polen seinen eigenen Hafen Gdingen systematisch bevorzugt. Die Polen lieben es, auf Danzigs großen Kohlenexport aus Polnisch-Oberflächen hinzuweisen, den Danzig früher nicht besitzen habe. Demgegenüber zitiert Althoff ein Wort des Chefdeputierten des „Journal de Genève“. Danzig habe von dem gestiegenen Kohlenexport über seinen Hafen kaum etwas anderes als eine handvoll Staub. Diese Beobachtungen, aber berechtigte Bemerkung besteht sich darauf, daß der Kohlenexport nicht von Danziger Gütern, sondern von den Kohlengruben in Polnisch-Oberflächen selbst getätigt wird. Und daß nach der Mechanisierung der Erzeugung nicht einmal die Hafenarbeiter daran etwas zu verdienen bekommen.

**Abgetrenntes deutsches Land. Kisthölzer aus Danzig und Umgebung.** Von Hermann Strunk. 65 S. Gräfe und Ungler Verlag, Königsberg i. Pr.

Einige Gebiete über Danzig, von Max Halbe, Eichendorff und Karl Lange, und eine Reihe schöner Bilder aus Danzig und seiner Umgebung sollen für die Schönheit beider werden. Das Schweregewicht liegt auf den Landschaftsaufnahmen, in denen die Meereshölzer vorherrschen. So künstlerisch diese schwermütigen Motive aus dem Nordosten deutschen Landes sind, so sehr vernimmt man Aufnahmen von den schönen Patrizierhäusern Danzigs, das an derartigen Juwelen norddeutscher Renaissancebauten so überreich ist.

**Der Nix im Osten.** Von Werner Kades. 159 S. Wirtschaftspolitische Gesellschaft E. V., Berlin.

In kurzen Aufsätzen, unterstützt durch zahlreiche Illustrationen, wird immer aus neue die Abstraktheit der Grenzziehung zwischen Polen und Deutschland gezeigt. Die Kartenmaterialien und Bildliche Darstellungen künstlerischer Anlagen vervollständigen die Übersicht. Eine Reihe führender Männer aus dem deutschen Osten haben sich an dieser dankenswerten Aufklärungsarbeit beteiligt. Die Unterschriften der Bilder sind gleichzeitig mit englischem Text versehen, so daß die Schrift Werner Kades, sich gut für die ausländische Propaganda eignet.

**Östmit ist Keilschnit.** Von Landtagsabgeordneten Pischke. 38 S. Staatspolitischer Verlag G. m. b. H., Berlin.

Der völpfparteiliche Landtagsabgeordnete Pischke hat in dieser kleinen Broschüre die Not des deutschen Ostens dargestellt. Es werden dabei nicht allein die direkt von ihr betroffenen Gebiete, wie Ostpreußen, die Grenzmark, Westpreußen-Polen und Schlieffen behandelt, sondern auch Pommeren und herriedlichste. Der Verfasser aber bleibt nicht nur bei der Konstatierung der Mißstände stehen, sondern macht eine Reihe von Vorschlägen zur Überwindung der Notlage. Die Revision der Ostgrenze stellt Pischke dabei mit Recht an die Spitze seiner Forderungen, aber er will dies zu ihrer Erfüllung

nicht die Hände in den Schoß gelegt seien. Er will dem deutschen Osten durch gute Handelsverträge, Ausbau des Verkehrsnetzes und der Wasserstraßen, durch Föderung der Landwirtschaft, vor allem aber durch Siedlung geholfen wissen. „Wir haben“, so schreibt er, „in den vier Regierungsbezirken der östlichen Provinzen 14 Kreise, die einschließlich der Städte nur 30 bis 40 Bewohner auf den Quadratkilometer haben. . . . Solche Gebiete müssen kulturell zurückbleiben und zu Einfallstoren fremden Volkstums werden. Dabei ist keine Opprovinz frei von solchen menschenleeren Räumen. Darum müssen wir siedeln, aus allen Kräfte hebeln.“

Im Kaufman des Memelstroms. Von Erich Kojewski. 78 S. Druck und Verlag J. Neumann, Neudamm, 1912.

Hier sind Sagen aus dem Memelgebiet gesammelt. Gewiss ein verdienstliches Unternehmen. Leider aber ist bei der Bearbeitung etwas Lehrschaftes, Müdternes hineingekommen. Man gewinnt den Eindruck, daß dadurch die Unmittelbarkeit des sprachlichen Ausdrucks gelitten habe. Besonders die oft angeführten Gespräche entbehren der Frische des Volkstums. Es häßelt ihnen etwas Papierne an.

Nach Ostland wollen wir reiten. Geschrieben von Friedrich Keiter. 40 S. Österreich-Heft der „Deutschen Sängerschaft“.

Diese kleine Schrift, entstanden aus den Eindrücken von der Fahrt nach Wien zum Fest des Deutschen Sängerbundes, legt Zeugnis von dem starken Gefühl der Volksgemeinschaft ab, das in den farbenprägenden und waffenführenden Sängerkörtern herrscht. Aber das kleine Wädelchen ist nicht nur ein Dokument zu deutschem Volkstum, es ist zugleich ein mit fröhlicher Kraft gefülltes Bekenntnis für den Anschluß, das mit Liebe und feinem Ver-

ständnis das Wesen des Österreichers schildert und gleichzeitig die Seele von dem norddeutschen zum süddeutschen Menschen schlägt. Von den kleinen Zufällen seien „Die Wachau, österreichische Landschaft“, „Barock“, „Mensch Schuber“, „Berge und Bauern“ genannt. Hin und wieder wird leider eine antikeförmige Note eingefügt, die wie ein Fremdkörper in diesem sonst so hochdeutschen kleinen Wädelchen anmutet. Das kleine Heft ist mit hübschen Zeichnungen der Maler Walter Prinzl und H. Daur geschmückt. Man kann dieser kleinen Schrift weiteste Verbreitung wünschen.

Gegen den Korridor. Politische Zeugnisse und Tatsachen. Von Axel Schmidt. 40 S. Verlag Edwin Ränge, Berlin 1932 (Selbstverlag).

In dieser kleinen Schrift ist der Nachweis erbracht, daß in der Landbrücke zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich vor dem Kriege eine deutsche Mehrheit gewohnt hat. Sowohl die Volkszählungen ergaben das, als auch alle Reichstagswahlen, bei denen in den in Betracht kommenden 12 Wahlkreisen eine wachsende deutsche Mehrheit vorhanden war. Sie liegt von 2921 Stimmen im Jahre 1871 auf 58 097 im Jahre 1912. Selbst zu der Wahl für die Nationalversammlung gab es eine deutsche Mehrheit; das ist um so wertvoller, als die Polen Wahlentlohnung proklamiert hatten. Diese Abtömmung kam also dem Plebiszit gleich. Es gab damals 302 728 deutsche Wähler und 267 214 polnische Nichtwähler. Diese These von dem deutschen Charakter des polnischen Korridors wird noch bekräftigt durch eine Reihe von polnischen und neutralen Zitaten, die den deutschen Charakter der abgetretenen Gebiete beweisen. Unter ihnen befinden sich 10 maßgebende polnische Führer, wie Pilsudski, P. Dmowski und die Professoren Litkei und Rudnicki und andere mehr.

## Der Kartoffelkäfer

Die deutsche Öffentlichkeit wurde dieser Tage durch die Mitteilung erschreckt, daß sich der gefährliche Kartoffel- oder, wie er auch sonst noch heißt, Koloradokäfer, der kurz nach dem Kriege von Amerika nach Frankreich eingeschleppt wurde, auf dem Umwege nach Deutschland befindet. Der Käfer befindet sich nur noch 350 km von der deutschen Grenze entfernt. Bei der Geschwindigkeit, mit der er sich fortplant und ausbreitet — ein Weibchen legt durchschnittlich 700 bis 800 Eier im Jahr und bringt es in einem Jahre auf etwa 31 000 000 Nachkommen —, begreift man, daß dringende Vorkehrungen zur Abwehr dieses Schädlings geboten sind.

### Das Vordringen des Kartoffelkäfers in Westeuropa



Nur wenn es gelingt, den Schädling bei seinem ersten Auftreten unschädlich zu machen, besteht Hoffnung, das deutsche Volk vor großem volkswirtschaftlichen Schaden zu bewahren. In Frankreich hat das Insekt in der kurzen Zeit, seitdem es sich dort aufhält, ein Drittel der ganzen Bodenfläche verheert.

Die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Strasse 19, fordert jeden Landwirt und Gartenbesitzer auf, sein Kartoffelgelände bis zur Ernte mindestens einmal in der Woche genauereins abzugehen und jedes gefährliche Insekt oder Fraßspuren an den Kartoffelpflanzen der Polizei zu melden. Käfer und Larven sind leicht zu erkennen. Der Koloradokäfer ist durchschnittlich 1 cm lang, oval, eben, gewölbt, unten platt. Seine Unterseite ist rotgelb. Am auffallendsten sind

seine hellgelben Flügeldecken, die zehn schwarze Längsstreifen zeigen. Die häutigen Flügel sind leuchtend rotbraun, aber in der Ruhe zusammengeklappt und nicht sichtbar. Die Karven schlüpfen meistens in 5-12 Tagen aus dem Ei aus und sind, ausgenommen, ungefähr 13 mm lang. Sie haben, wie die Abbildung zeigt, einen auffallend dicken Hinterleib, sind anfänglich rot, später orangefärbt mit schwarzen Wärdchen auf jeder Seite des Körpers. Die Karve frißt während ihrer Entwicklung ein bis zwei Kartoffelblätter, dann schlüpft sie in die Erde, verpuppt sich dort, um nach etwa einer Woche als Käfer aus der Erde zu kriechen und an die Kartoffelpflanzen zu gehen.

Der Kartoffelkäfer ist auch in Deutschland schon aufgetreten, zuletzt 1914 bei Stabe an der Unterelbe, und zwar auf einer Fläche von 2 ha wurde er durch Antransporte aus Amerika eingeschleppt. 200 Soldaten wurden aufgebeten, die das Feld gründlich säubern mußten, über 23 000 Mark wurden vom Staat dafür ausgegeben. Trotzdem wurden im nächsten Jahr noch drei Käfer und einige Eiablagen gefunden. Seitdem ist der Käfer aus Deutschland aus Deutschland verschwunden.

**Aus einem werden 32 000 000 Kartoffelkäfer**

In einem Sommer

- 4 Wochen legt in 4 Monaten ca. 800 Eier
- Nach 5-12 Tagen beginnt die Larvenblüte und stengt zu treiben
- Millionen Larven = Käfer
- Wachsen jedes mal nur 500 Eier zur Fortwähnung so entstehen noch im gleichen Sommer
- schreiben ein Nachkommen nur eines Käfer während einer halben Larve ca. 315 Millionen
- 10 Morgen Kartoffelpflanzen
- Blattfläche 37,500m
- Larve

158m



## ÜBERSEE- UND KOLONIAL-ZEITUNG

43. Jahrgang

Das führende Kampforgan für deutsche Kolonialpolitik

Das kolonialwirtschaftliche Nachrichtenblatt für Industrie und Handel

Die Monatsschrift des Kolonial- und Auslandsdeutschen

Die aktuelle koloniale Bilderzeitschrift

Bezugspreise: Ausland jährlich 9,— Mk., Inland 8,— Mk. einschließlich Zustellung. / Mitglieder der Deutschen Kolonialgesellschaft Vorzugpreise / Lassen Sie sich kostenlos Probenummer zusenden durch den Verlag:

Deutsche Kolonialgesellschaft  
Berlin W 35, Am Karlsbad 10



## Durch die Tat

beweisen wir den Wert der Krankenversicherung bei unserer Gesellschaft. Allen Anfeindungen zum Trotz verteilen wir alle Überschüsse des Jahres 1931 von mehr als 2 Millionen Mark rentlos an unsere Versicherten und geben den Versicherungen, welche im vergangenen Jahre schadenfrei geblieben sind,

wieder 4 Monatsprämien als Dividende.

Durch diese hohe Gewinnbeteiligung bieten wir tatsächlich die

billigste Krankenversicherung.

Wir zahlen fortlaufend an Versicherungsleistungen täglich ca. 60 000 Mark.

Unsere Gesamtleistungen seit 1924 belaufen sich auf über 110 Millionen Mark für Krankheitskosten, über 10 Millionen Mark für Versicherten-Dividende.

Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft  
(vormals Gedeveg, Kosmos und Selbsthilfe)

Verlangen Sie kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit Prospekt und Aufnahmeschein durch das Spezialbüro für die Beamtenverbände

OTTO MACK, BERLIN O 17,  
Am Ostbahnhof 12.

## Oberbetten

Nur Beamten u. Festbesoldeten liefern wir seit 1861 direkt ab unserer Fabrik

Interbetten, Plumeaus Kissen, Federn u. Daunenn

Streng vertraulich ohne Anzeigung gegen 6 Monate Ziel und monatliche Raten Erste Rate 1 Monat nach Lieferung Jedes Bett wird nach getroffenem Wunsch für jeden Kunden besonders angefertigt Pfänderwertige Ware führen wir nicht Auch Sie werden bester unter Kunde Verlangen Sie kostenlos Muster und Preislisten

Gebr. Passmann A.-G.

Größtes Spezialgeschäft Deutschlands  
Musterlager Köln Trierer - Str. 13

Ein  
notarieller  
Bestätigung:  
1. Über 400 000 Kunden  
in mehr als 10 000 Orten  
2. Über 100 000 Kunden  
haben zum 2. Mal  
ein neues Bett

## Korbmöbel ab Fabrik



Teillieferung bis 10 Monate. Franko-Lieferung. Anzahlungsversicherung. Schlagler: 3 teilige Polstergarantur RM 27,90. Reichhaltiger Katalog gratis.

Korbmöbelfabrik Böhm Oberlangenstadt 327, Liechtenfels-Land

## Polsterarbeiten

Neuanfertigung / Modernisieren, Aufarbeiten / der Zeitentsprechende Preise / in und außer dem Hause Kostenanschlag unverbindlich

Ponsong + Berlin SO  
Eisenbahnstraße 38  
Fernsprecher F 8 2009



Nordsee  
Jugendlager  
Klappholzlager  
Sylt  
1. Erw. und Kinder  
niedrige Preise



Schlachten  
Sylt

Der **Stab-Selbstbinder** ist der richtige

## Sammeleinband für den „Heimatdienst“

Billiger als einbinden!

Der ganze Jahrgang mit seinem wertvollen Material in einem schönen Einband mit **Titeldruck**, in **Goldprägung** durch einen **Stahlstab** ohne Durchlochung **fest, ordentlich und zweckmäßig aufgehoben**

Preis  
3.60 RM

bei spesenfreier Zusendung und bei Vorauszahlung auf Postscheckkonto Berlin 78995

Sofort bestellen, dann brauchen Sie nie mehr Ihren „Heimatdienst“ zu suchen

Zentralverlag g.m.b.H. Berlin W 35

Der **Auslanddeutsche**  
Halbmonatsschrift für Auslandsdeutschtum  
und Auslandkunde

Mitteilungen des deutschen Auslands-Instituts in Stuttgart

Jahrgang XV

1932

Das führende Blatt für die Kunde vom Auslandsdeutschtum

Aufsätze, Briefe aus dem Ausland, Rundschau über politische und wirtschaftliche Lage des Auslandsdeutschtums, Nachrichten über Kirche, Schule, Presse, Kunst und Wissenschaft, Sport, deutsches Vereinswesen im Ausland, über Vereinigungen der Auslandsdeutschen im Reich, politisch-parlamentarische Fragen, Wanderungswesen, Bibliographie der Neuerscheinungen, Buchbesprechungen, Mitteilungen aus deutschen Zeitungen und Zeitschriften des Auslands, Monatliche Beilagen: Bilder vom Auslandsdeutschtum, Neue Bücher.

Der **Auslandsdeutsche** erscheint am 1. und 15. jeden Monats, er wird allen Mitgliedern des Deutschen Auslands-Instituts, die den satzungsgemäßen Mindestbeitrag entrichten, frei ins Haus geliefert.

Die **ausländische Deutschlandhilfe** findet erstmals eine zusammenfassende Darstellung im 6. Band der wirtschaftswissenschaftlichen Reihe der Schriften des deutschen Auslands-Instituts Stuttgart:

Die **Auslandshilfe für das Deutsche Reich**  
von Dr. Johannes Kreyenpoth

152 Seiten Gebunden Rmk. 5.—, geheftet Rmk. 4.—

Zu beziehen durch:

**Deutsches Auslands-Institut, Stuttgart**  
Haus des Deutschtums

Halt's Leben fest...  
und filme!

Eine Kinokamera ist da, im Preis nicht teurer als ein brauchbarer Photo-Apparat! Verblüffend aber nicht nur ihre Billigkeit, verblüffend auch ihre Konstruktion!

Jeder kann jetzt filmen, denn es ist billiger als fotografieren! —

9,5 mm **Aufnahme-Film-Kamera** 78<sup>00</sup>

3,5 Optik mit Federwerk, usw. Mk.

**Projektor** hierzu, lichtstark, mit 45<sup>00</sup>  
Widerstand . . . . . Mk.

kompl. Ausrüstung Mk. 123<sup>00</sup>

**Betriebskosten:**

10 m Film  
(inkl. vorführungs-  
fertiger Bearbeitung) 5.<sup>00</sup>  
(10 m Kleinfilm = 100 m  
Normalfilm!)

**Kino-Lehrbuch** . . 4.80

**Spielfilme:**

in riesiger Auswahl  
aller Wissensgebiete  
1.50, 3.00 und 6.00 Mk.

**Zubehör:**

Gelbfilter . . . 3.50 Mk.  
Vorsatzlinsen . 4.50 „  
Ledertasche . . 9.00 „  
(f. Kamera u. 2 Kassetten)

Verlangen Sie aufklärende Prospekte  
durch unsere „Schmalfilm-Abt.“

**Deutscher Lichtbild-Dienst G. m. b. H.**  
Berlin W 35, Potsdamer Straße 41.

Dr. Karl Schwendemann  
**Frankreich**

180 Seiten, 26 Karten und Schaubilder. Preis gebd. 5,40 RM.

Doppelband 27/8 der „Weltpolitischen Bücherlei“.

**Frankreich als außenpolitischer Faktor in seiner Gesamtheit und in seinen Zielsetzungen und Methoden.**

Bestellen Sie sofort dieses aktuelle Buch.

Verlangen Sie Sonderprospekte der Weltpolitischen Bücherlei u. des Doppelbandes 27/8.

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

**Polsterarbeiten**

Umarbeitungen, neuzeitliche Formgestaltung, Dekoration

werden von erstklassigen alten Fachmann zu billigsten Preisen ausgeführt.

**Paul Ponsong sen.,**  
Berlin NO 53, Prenzlauer Allee 36.

**Notverkauf!**

in Anzug-Stoffe

blau und grau Wolkenwolle 2 Meter  
N. N. 6.- 8.00 und 9.- 8.00

Unverändliche Musterrendung  
wird gerne angenommen!  
Generar Textilfabrikation  
G. m. b. H., Gera, Postf. 13

**Die Reichsmarine**

Multifarbte Selbstfoto für Marine und Gesetzentwurf. Reduzierte, interessanter Monatsausgabe für alle Reichspostämter, Vereine, Klubs, etc. Interessieren will, wer über die Zukunft unserer Flotten, über die Behälter, über die Entwicklung unserer Flotte und über die Aufgabe an den künftigen fremdenland Heer, hat, seine 12.00 in Reichsmark an den unterzeichneten Verlag oder an Reichspostämter (Karte: Berlin SW 11, Hutten Str. 17/19a). Sollte er sich nicht bis März 1932 lang die Selbstfoto „Die Reichsmarine“ mit dem Gebührenden 3.00 nicht gern zu 6.00 erhalten, der alle nötigen Angaben über die Bestellung bei der Reichsmarine und Postverwaltung enthält.  
Verlag „Die Reichsmarine“, Berlin-Güterfelde.

**Richtlinien**  
der Reichszentrale für Heimatdienst.

**Aufklärungs-Material zu den Problemen des Tages:**

Nr. 209/10 Grundlagen der Wirtschafts- und Finanzgegendung . . . . .	0.20
Nr. 211 Hilfe für den Osten . . . . .	0.15
Nr. 213/14 Die deutsche Wehrmacht . . . . .	0.30
Nr. 215/16 Die Noerverordnung vom 5. 6. 1931 . . . . .	0.30
Nr. 217 Das Welschulden - Moratorium und seine Bedeutung . . . . .	0.15
Nr. 218 Die Krise im Zahlungsverkehr und ihre Überwindung . . . . .	0.15
Nr. 219 Die öffentlichen Finanzen in der Krise . . . . .	0.15
Nr. 220 Die 3. Noerverordnung . . . . .	0.15
Nr. 221 Die öffentlichen Ausgaben und ihre Senkung . . . . .	0.15
Nr. 222 Die 4. Noerverordnung . . . . .	0.20
Nr. 223 Der Kampf des Melmedeutschtums . . . . .	0.10
Nr. 224/26 Die Genfer Abrüstungskonferenz . . . . .	0.30
Nr. 227 Die Notmaßnahmen des Reichs vom 14. Juni 1932 . . . . .	0.15
Nr. 228 Das Ende der Reparationen . . . . .	0.15
Nr. 229 Neuordnung im Donauraum . . . . .	0.15

**SOEBEN ERSCHEINT:**

Nr. 230 Der deutsche Arbeitsdienst . . . . . 0.10

Gegen Voreinsendung des Betrages (Postcheckkonto Berlin 789 91)

Verzeichnis aller noch vorhandenen Richtlinien kostenlos!

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35